

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 106 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Mittwoch, 9. Mai 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Sturm gegen die Bischöfe	Seite 2
Begegnungen mit Trotzki	Seite 2
Hitlers Angst vor der Saarabstimmung	Seite 3
Reichsminister Heines vor Gericht	Seite 7
Einbüchercungsfabrik	Seite 7

Englische Flugmotore für Deutschland

Französischer Einspruch in London

Paris, 8. Mai. Die Savasagentur veröffentlicht eine Meldung aus London, in der es heißt: In englischen Luftfahrtkreisen versichert man, daß die französische Regierung unter Berufung auf Pressenachrichten in London Ankündigung darüber nachgeschickt habe, daß gewisse englische Firmen sich anschickten, an Deutschland Flugzeugmotore zu verkaufen. In interessierten französischen Kreisen sei man nämlich der Ansicht, daß solche Verkäufe — wenn sich die Nachrichten hierüber bestätigten — in Widerspruch sowohl zu dem früheren Meinungsaustrausch zwischen den beiden Regierungen wie auch zu den Abrüstungsreden der englischen Staatsmänner ständen. In autorisierten englischen Kreisen erklärte man indessen, daß es keinen Text gebe, der die Möglichkeit eines Abkommens über die Lieferung von Flugzeugmotoren an Deutschland anzeigt. Man erblickt in London in dieser Kontroverse jedoch einen Beweisgrund zugunsten des Abschlußes eines Abkommens, das die Eigenschaften der Luftschiffe und der dabei zur Verwendung kommenden Einzelteile genau bestimmen würde.

Während über diese französische Anfrage keine aus Paris datierte Information vorliegt und die Deutlichkeit von dem Vorfall überhaupt nur durch die eben angeführte Meldung unterrichtet wird, die aus London datiert ist, beschäftigt sich das „Echo de Paris“ mit dieser Meldung und mit dieser angeblichen deutschen Flugzeugmotorenbestellung in England, die sich auf 80 Rolls-Royce-Motore erstreckt. Das Blatt verweist mit leichter Kritik auf die englische Regierung, die Rechte des Handels als sakrosankt anzusehen, und fügt hinzu, daß es England auch in der Politik widerstrebe, irgendeinen Staat von vornherein kriegerische Absichten zu unterstellen. Das „Echo de Paris“ bezeichnet die englische Flugzeugmotorenlieferung an Deutschland als britischer Beitrag zur Aufrüstung Deutschlands. Die französische Regierung habe gut daran getan, in London diese Frage aufzurollen.

Aussichtslos!

London, 8. Mai. Im Oberhause fand am Montag eine Aussprache über die Politik Englands im Fernen Osten und in der Abrüstungsfrage statt. Die japanische Fernpolitik wurde scharf angegriffen. In der Abrüstungsfrage erklärte ein Regierungsvertreter, daß weitere Verhandlungen mit den Regierungen aus-

sichtslos seien, und daß England keinerlei Vorschläge über irgendwelche Garantien machen werde.

London, 8. Mai. Im Grunde hält man nun allgemein die Abrüstungskonferenz für hoffnungslos, und die Regierung erwägt bereits die Möglichkeiten, die sich aus dem Scheitern der Konferenz ergeben werden. Es ist leicht möglich, daß sich aus der Situation in Genf die Notwendigkeit einer Umgestaltung des englischen Kabinetts ergeben wird. Es würden dann Mac Donald und Sir John Simon ausscheiden.

Spaltung im Kabinett Macdonald

Der Streit um die Abrüstungsfrage

London, 8. Mai. Der politische Korrespondent des „Daily Herald“ schreibt: Eine ernste Krise ist innerhalb des Kabinetts entstanden, wo die Foreign Minister unter Führung des Kriegsministers Lord Halifax dem Premierminister in der Abrüstungsfrage entgegengetreten. Macdonald, der zur Aufstellung eines umgeänderten Abrüstungsplanes ist, befindet sich gegenüber seinen Kollegen in der Minderheit. Wenn auf der heutigen Sitzung des Kabinettsausschusses für Abrüstung keine Einigkeit erzielt wird, dann wird die Sache auf der Vollversammlung am Mittwoch ausgefochten werden müssen. Tatsache ist, daß im Kabinett eine hoffnungslose Spaltung wegen der Abrüstungsfrage besteht, und daß eine Anzahl Minister abgeneigt sind, bei der Suche nach einem Abkommen noch weiter zu gehen. Lord Halifax und Sir John Simon sind besonders der Meinung, daß Großbritannien genug getan hat. Ein anderer Teil des Kabinetts, dem Macdonald, Lord Halifax, Lord Sargent und andere angehören, ist dafür, daß noch eine weitere Anstrengung unternommen werden soll, um ein, wenn auch noch so begrenztes Abkommen, zu erreichen. Diese Minister sind bereit, eine beträchtliche Strecke Weges zu gehen, um der französischen Forderung nach Sicherheit Genüge zu tun. Die Mehrheit des Kabinetts ist gegen neue Verpflichtungen in Europa. Es Macdonald Festigkeit zeigen wird, bleibt abzuwarten.

Der Korrespondent fügt hinzu: Es verlautet, daß die britische Abordnung bei der Abrüstungskonferenz außer Sir John Simon und dem Lord High Commissioner noch andere Kabinettsmitglieder umfassen werde, und zwar, um zu ermöglichen, bei irgendwelchen Veränderungen der Lage sofort an Ort und Stelle Rat zu pflegen.

Gestern und heute

„Es leben die Studenten nur in den Tag hinein...“
Vergessene Zeiten, verklungene Lieder. Leute leben die Studenten natürlich nur für Adolf Hitler. Wenigstens, wenn man alles glauben dürfte, was in den Zeitungen steht.

Private Nachrichten von Deutschlands hohen Schulen lauten zwar gelegentlich etwas anders. Da heißt es, viele der jungen akademischen Bürger hätten den Rummel schon reichlich satt, da sie nicht zum Studieren kämen, im Examen womöglich durchgeschwitten — und da schließlich nach gutem altem Brauch das bestandene Examen allen wissenschaftlichen Strebens hohes Ziel ist. Schnöde Professoren sollen ihren Hörern sogar schon erklärt haben: ja, lieber Kommilitone, entweder sind Sie bei der SA, oder Sie kommen ins Seminar. Beides zusammen geht nicht.

Und Herr Dr. Stöbel, Führer aller deutschen Studenten, sah sein Volk an, und es jammerte ihn sehr des Volkes. Denn es wußte nichts, war faul und ungeschickt zu allen Dingen des Verstandes und des Kopfes. „Alle diejenigen“, rief Herr Stöbel — die „Kreuzzeitung“ hat seinen Ruf veröffentlicht, „die glauben, daß sie in Zukunft allein auf Grund guter Parteidienstzeugnisse etwas erreichen können, gegen die werden wir mit schärfsten Mitteln vorgehen“. In Zukunft — sagte Stöbel. Bisher offenbar nicht. Bisher konnte man also zugunsten dermaßen ohne sonstige Leistungen, allein mit dem Parteizeugnis, „etwas erreichen“. Das wollten wir nur wissen. Es ist nämlich immer abgestritten worden. Es wird auch „in Zukunft“ abgestritten werden. Trotzdem bleibt der beste Rat, den man einem jungen Karrieremacher an einer deutschen Hochschule geben kann, nach wie vor, sich ein gutes Zeugnis bei der SA zu verschaffen; es wird ihm weiter helfen, als das Testat seines Professors.

Es darf bloß nicht so auffallen. Denn welch trauriges Bild, wenn — wir zitieren immer den Stöbel — „wenn in den Seminaren nur noch diejenigen sitzen, die dank ihrer Abstammung oder politischen Einstellung nicht Mitglieder der Studentenschaft sein können.“ Groussig. Das ist also das Ergebnis der nationalen Revolution: in den Seminaren sitzen nur noch Marxisten und Juden, säugen die Brüste der Alma mater leer, und inzwischen marschieren die echten Arier mit gepacktem Tornister, aber leider leerem Gehirn in die staatlichen und wirtschaftlichen Stellungen. „Da muß es sehr bald zu einer Katastrophe kommen“, seufzt Stöbel — wenn nämlich die Blüte der Nation lieber die Beine als den Kopf anstrengt und das blöde Büffeln ausschließlich den Minderwertigen überläßt.

Sieg der Sozialdemokratie

Niederlage der Bürgerlichen und der Frontisten in Bern

Bern, 8. Mai. Die Neuwahlen für den Großen Rat im Kanton Bern haben mit einem vielfach überraschenden Ergebnis geendet. Da auch die Schweiz von der wirtschaftlichen Krise erfaßt ist und die faschistische Propaganda diese Erscheinungen nur aufzujähnen verheißt, hatten die bürgerlichen Kreise mit einer Machtverschiebung nach rechts gerechnet. Das Gegenteil trat ein. Siegerin wurde die Sozialdemokratie und die frontistische Bewegung erlitt eine schwere Niederlage.

Obwohl der Kanton Bern eine überwiegend bäuerliche Bevölkerung hat, konnten die von allen Seiten heftig bekämpften Sozialdemokraten zehn Sitze gewinnen, während die Nationale Front überhaupt ohne Mandat ausging. Allerdings erhielt die Heimatswehr, eine hauptsächlich auf der Freigeldtheorie aufgebaute politisch-fronktistische Sekte des Berner Oberlandes, drei Sitze. Dazu kommt noch ein weiterer Vertreter der Freigeldbewegung, der keiner Partei angehört. Die Bauern-, Bürger- und Gewerkepartei, die ihre Mandatszahl von 101 unverändert behaupten konnte, und die Freiwillingen, die allerdings von 41 auf 33 zurückgingen, werden auch künftig mit den katholischen Konservativen, welche 10 (12) Mandate besitzen, die Mehrheit des Großen Rates haben.

Obgleich zwar die politischen Verhältnisse des Kantons Bern nicht ohne weiteres auf die übrigen Kantone der Schweiz übertragen werden können, zeigt die Wahl doch, daß die frontistische Erneuerungsbewegung in den Kern des demokratischen Gefüges der Schweiz bisher nicht hat vordringen können.

Die Basler „Arbeiter-Zeitung“ schreibt zu dem sozialdemokratischen Sieg:

Das Wahlergebnis ist eine glatte Beurteilung der bürgerlichen Politik und ein ausgesprochenes Vertrauensvotum für die Sozialdemokratie! Für eine Partei, die auf Grund des aktendsten Programms kämpfte, und die es ablehnte, ein Verzichtnis zur Landesverteidigung im bürgerlichen Sinne abzulegen.

Erfreulich an diesem Erfolg ist, daß er sich fast gleichmäßig auf Land und Städte verteilt. Im industriellen Biel, wo ein scharfer politischer Wind weht, ist das Wahlergebnis besonders glänzend. Von den 13 Mandaten holten unsere Genossen 9 im ersten Anlauf, 2 mehr als bisher. Aber auch in Bern und Thun sind je ein Gewinn zu verzeichnen. Sehr erfreulich und vielversprechend sind die Erfolge in den ländlichen Bezirken Muri, Courtelary, Signau, Ronoldingen, Bern-Land. Sie beweisen, daß der Einbruch in die Hochburgen der Bauern-, Bürger- und Gewerkepartei nicht mehr aufzuhalten ist.

Besonders bezeichnend ist, daß weder die Fronten noch die Kommunisten Erfolge zu erzielen vermochten. Es war zu erwarten, daß die Heimatswehr im Oberland einige Sitze erhalte. Die Schwabacher haben bereits eine ansehnliche faschistische Fraktion im bernischen Großen Rat. Auch das ist nicht ohne Folgen. Der Gewinn von zwei Mandaten ist recht bescheiden. Die Kommunisten gehen überhaupt leer aus. Sie mögen bemerkt haben, daß der Sozialdemokratie einige Stimmen entzogen wurden.

Die Selbstbewußte, vom Geist des marxistischen Sozialismus beherrschte Politik, die sich von keiner Panikmacheerei beeinflussen läßt, die aber auch der Angstlichkeit keine Konzessionen machte, hat Erfolge gehabt. Der Sozialismus lebt und der Marxismus ist so robust, daß an ihm der Gegner zerbröckelt!

100 Jahre Kerker

Das Schicksal der Schutzbündler

Wien, 7. Mai. Während des Februaraufstandes waren den beiden Wiener Landesgerichten rund 2000 Sozialdemokraten als Gefangene eingeliefert worden. Zurzeit befinden sich in diesen Gefängnissen noch 1400 Häftlinge. Gegen 200 Schutzbündler sind die Prozesse bereits durchgeführt; nach der Berechnung eines Blattes erhielten sie insgesamt hundert Jahre schweren Kerker. Gegen einen Teil der Häftlinge wurde das Strafverfahren eingestellt, und sie wurden auf freien Fuß gesetzt. Andere wurden ins Konzentrationslager gebracht.

König von Ungarn?

Zurückhaltende Erklärungen

Budapest, 8. Mai. In der Nachmittags-Sitzung des Parlaments wurde der Haushaltsentwurf im allgemeinen angenommen. Im Anschluß an seine Rede zur Haushaltsdebatte sprach Ministerpräsident Gömbös kurz zur Königsfrage. Die Äußerungen des Ministerpräsidenten über den Legitimitätsstreit waren sehr zurückhaltend, fanden jedoch viel Widerhall. Sie erweckten den Eindruck, daß der Ministerpräsident zum ersten Mal die theoretische Möglichkeit einer legitimen Lösung ausgab, unter der Bedingungen, daß sie den Interessen des Landes nützlich würde. Er betonte, daß die Lösung der Königsfrage durchaus nicht eine Frage der nahen Zukunft sei. Ferner deutete er an, daß die Legitimitäten, falls es das Interesse der Nation erfordere, mit ihren Ideen in den Hintergrund treten müßten. Auch kündigte Ministerpräsident Gömbös in dem Teil seiner Rede, in dem er von der Einführung des allgemeinen Stimmrechts sprach, die Ausdehnung des Wirkungskreises des Reichsverwesers an. Die legitimen Abwärtenden, die nach dem Ministerpräsidenten das Wort ergriffen, hielten sich an die freundlichen Äußerungen seiner Worte.

Sturm gegen die Bischöfe

Der Kulturkampf spitzt sich zu

Der Kulturkampf in Hitlerdeutschland geht unter der Oberfläche weiter. Das sensationelle Verbot der katholischen Jungmänner- und Jugendvereine im Bereiche Streichers ist bisher von keiner amtlichen Stelle widerrufen worden. Die Tatsache besteht, daß mit Wissen der obersten Reichsbehörden ein offener Verstoß gegen die Bestimmungen des Konkordates durchgeführt wurde. Wie wir aus Schweinfurt hören, sind die Räume der katholischen Jugendorganisationen besetzt worden; ihr Vermögen wurde eingezogen. Die Polizei wacht streng darüber, daß die jungen Leute ihre staatsgefährliche Tätigkeit nicht wieder aufnehmen.

Am vergangenen Samstag forderte der Diözesan-Präsident der katholischen Jugend der Diözese Trier die Jugend zu einer Prozession nach St. Matthias auf. Die erforderliche polizeiliche Erlaubnis wurde gegeben. Auf dem Dom-Freihof versammelte sich am Abend, wie die „Neue Saar-Post“ berichtet, eine ungeheure Menschenmasse, die sich den kommenden Jug betrachten wollte, der sich um 9 Uhr in Bewegung setzen sollte. Um 9.15 Uhr traf ein Verbot des Ortsgruppenführers ein. Stillschweigend gingen die Jugend sowohl wie das verjammelte Volk auseinander, obwohl die Erbitterung ungeheuer war. Am Sonntag morgen wurde ein kurzes Schreiben des Bischofs von allen Kanzeln Triers verlesen, worin die Jugend aufgefordert wurde, im Laufe des Monats im einzelnen nach St. Matthias zu pilgern.

Wie das „Katholische Kirchenblatt für das Bistum Berlin“ mitteilt, hat die Intendantur des Reichsenders Berlin die katholische Morgenfeier, die nach dem bisher üblichen Turnus am 13. Mai gefeiert werden sollte, abgelehnt.

In ganz Deutschland werden die Pfarrämter außerordentlich durch die von ihnen geforderte Festhaltung der arischen Abstammung in immer zahlreicheren Fällen belästigt. Im Namen der Freisinger Bischofskonferenz hat jetzt

Kardinal Faulhaber an die zuständigen Amtsstellen ein Schreiben mit der Bitte um Erleichterung und Beschleunigung dieser Nachforschungen gerichtet. Er regt an, daß in kleineren Dorfpfarren, „wo seit Menschengedenken niemals ein Jude oder Neger wohnte, wo auch niemals arische Heiraten mit Französinen und Schwedinnen vorkamen“, die allgemeine Erklärung genügen könnte, daß alle Familienstämme des betreffenden Dorfes rein arisch seien. Auf Grund der Klagen verschiedener Pfarrämter fordert der Kardinal einen anständigen Ton gegenüber den Geistlichen.

Auch der Bischof von Fulda war jüngst genötigt, sich von der Kanzel gegen nationalsozialistische Ausschreitungen zu wehren. Ein Jug hatte kürzlich die Straßen der hochkatholischen Stadt passiert und sang unter anderem: „Hängt die Juden, kelt die Pfaffen an die Wand.“ Auch zahlreiche Psalmen hielten die Demonstranten nicht ab.

Krach vor dem erzbischöflichen Palais

Würzburg, 8. Mai. Vor dem erzbischöflichen Palais ist es wiederholt zu Rabauzigen nationalsozialistischer Demonstranten gekommen, die drohende Mute gegen den Erzbischof ausstießen. Die Vorfälle sind der nationalsozialistischen Gauleitung so peinlich, daß sie in einer öffentlichen Kundmachung behauptet, es handle sich um Demonstrationen wegen kirchlicher Angelegenheiten. In Wahrheit lieg der Charakter der sehr wilden Kundgebungen keinen Zweifel darüber, daß es sich um politische Ausschreitungen handelte, die sich gegen die „Schwarzen Dolchhüter“, gegen „geiarnte Politik der Bayerischen Volkspartei“ durch den hohen Klerus handelte. Die Gauleitung erklärt jetzt, daß sie jede ähnliche Demonstration mit aller Strenge unterdrücken werde.

Ruier in der Wüste

Politik und Rechtsstaat

In der „Kölnischen Zeitung“ wendet sich Geheimrat Helfrich mit deutlicher Spitze gegen die Vermischung der Rechtsbegriffe und des Rechtsempfindens im „dritten Reich“:

„Falsch ist es, Normen, die auf reiner Rechtslogik oder Geistesgesetz beruhen, unter Berufung auf „Politik“ besitzigen oder in ihrem seit unruhigen Inhalt ändern zu wollen. Das ist zwar oft ein bequemere Weg, aber die „Recht in der Politik“, wie ich es nennen möchte, ist ein bedeutender Wesenszug neuerer Rechtswissenschaft. Bedenklich aus zwei Gründen: Zunächst soll der Jurist seine Gedankenreihen selber zu Ende denken. Er soll sie nicht ausmünden lassen in ein Gebot, in dem es dem geeigneten Leser überlassen bleibt, sich zurechtzufinden. Weiter aber ist das „Politische“ ein allzu unbestimmter Begriff. Ein als hervorragend anerkannter Jurist unserer Zeit preist das unpolitische Richteramt, ein anderer verlangt, daß der Richter „ein politischer Mensch“ sei. In Wahrheit kann Politik in wissenschaftlichem Sinne nur in Betracht kommen als eine Methode des Denkens, die in den verschiedensten Zweigen des öffentlichen Lebens in die Erscheinung tritt. Sie beruht auf Zweckmäßigkeitsüberlegungen und hat die Behaltung der Dinge zum Ziel, wie Rechtspolitik, Finanzpolitik, Volkswirtschaftspolitik, Handelspolitik und so fort. Aber ein in sich geschlossenes Wissensgebiet der Politik oder des Politischen hat es niemals gegeben.“

es sei denn, daß man, wie im klassischen Altertum, die Lehre vom Staat schlechthin darunter versteht.

Wohl aber gibt es Begriffe, deren Gedankeninhalt der Gesetzgeber bewußt und gewollt der Volksüberzeugung überläßt, da sie aus der Rechtslogik nicht entnommen werden können. Man denke an Ehren und Glauben, die in der Zeit der nationalen Erhebung in besonderer Maße zu neuem Leben erweckt sind, an gute Sitten, an billiges Er-messen, im Strafrecht an Beleidigung und an dergleichen Dingen mehr. Hier überall waltet ethisches und rechtliches Empfinden. Da aber dieses durch die nationale Erhebung auf die einheitliche Pinte nationalsozialistischer Denkens gebracht worden ist, ergibt sich von selbst die Folge, daß aus diesem heraus jene Begriffe ihren Gedankeninhalt erhalten. Aber nirgends steht geschrieben, daß das Rechtsempfinden jeden beliebigen, nicht absolut gewordenen Rechtsatz beilegen oder seinem Inhalt nach beliebig verändern kann. Das beweist mit besonderer Schärfe die Entscheidung des Preussischen Obergerichtspräsidenten vom 24. Februar 1934. Wobin käme auch der Staat, wenn er Gesetze erläßt, und seine Organe in Justiz und Verwaltung wollten sie aus gefühlsmäßiger Einstellung gegen den Rechtspositivismus nicht ausführen? Nichts läge weniger als dieses im Sinne des straforganisierten nationalsozialistischen Staatswesens. Gerade vom Standpunkt der nach der nationalen Erhebung erlassenen Gesetze gesehen, gewinnt jener Kampf gegen den Rechtspositivismus ein neues Gesicht. Was aber die allzu Eilfertigen nach der nationalen Erhebung mit dem Ausdruck „Rechtspositivismus“ trafen, war in Wahrheit oft nicht eine bestimmte Richtung in der Rechtsauslegung, sondern es waren die Grundlagen des Rechts selbst.“

Die Radikalsozialisten

Für vorsichtige Parteitaktik

DNB, Paris, 8. Mai. Der Bezirksvorsitzende des Seinedepartements der radikalsozialistischen Partei hat über die Vorbereitung des Ende der Woche stattfindenden Parteitag beraten. Nach einer recht heftigen Aussprache fand eine farblose Entschliessung trotz lebhaftem Widerspruch Annahme. In der Aussprache brachte ein Parteimitglied einen Entschliessungsantrag ein, der einen Tadel gegen die Tätigkeit der Chefs der radikalsozialistischen Partei in den verschiedenen Regierungen ausdrückte und die Rolle gewisser einflussreicher Parteimitglieder in der Stawisky-Angelegenheit brandmarkte. Der Vorstand der Bezirksvereinigung stand jedoch auf dem Standpunkt, daß derartig bestimmte gebaltene Anschuldigungen dazu angetan seien, das Leben der radikalsozialistischen Partei zu gefährden. Aus diesem Grunde setzte sich der Vorstand für die schlichtlich — wie oben erwähnt — angenommene farblose Entschliessung ein.

Vierzehnjähriger Mörder

Jugendverrohung im „dritten Reich“

Essen, 8. Mai. Der Mord an dem 13-jährigen Jungvolkangehörigen Fritz Balkenhorst aus Geiselfeld hat eine überraschende Aufklärung erfahren. Die ersten Vermutungen liefen auf ein Sexualverbrechen oder auf einen politischen Mord hinaus. Nunmehr ist ein noch nicht 14-jähriger Mitschüler des Ermordeten, Heinz Christen aus Geiselfeld, der Tat überführt worden. Er hat eingestanden, schon am Vorabend des Mordes mit einem anderen Jungen angeblich zum Spielen eine Sandkugel ausgeschachtet zu haben, zu der er den Ermordeten lockte, den er dann derart erstickte, daß er ihm den Kopf in den Sand drückte.

Das Neueste

Das Österreichische Justizministerium hat eine Annonce veröffentlicht. Die Begründung soll aber nur Schutzbündlern zugute kommen und nicht auf die gelangenen Nationalsozialisten angedeutet werden. So behauptet der Deutsche Nachrichtenendienst.

Das „Pest Journal“ berichtet, daß in einer in Ungarn bei Fontainebleau gelegenen Explosivstofffabrik ein Unglücksfall ereignet hat. Die Fabrik arbeite, so heißt es übrigens in der Meldung, mit ihren 150 Arbeitern in Tag- und Nachtschicht. In den frühesten Morgenstunden sei ein Zuleitungsrohr explodiert, wobei drei Arbeiter verletzt wurden. Der eine ist seinen Verletzungen erlegen. In dem Zuleitungsrohr dürfte ein Nitroglycerinmisch explodiert sein.

Mehrere englische Blätter berichten, daß die britische und die italienische Regierung im Hinblick auf den Krieg im Yemen enge Fühlung miteinander halten, daß aber an ein Eingreifen in den Streit nicht gedacht wird. Die vom Kriegsministerium vorliegenden Meldungen betreffen, daß die Truppen von Lord Souds vorbildliche Manneszucht zeigen. Der „Daily Telegraph“ berichtet, daß die britischen Militärlingens, die vorfristig nach Hodeida geschickt worden waren, zurückgezogen worden sind.

In Djaloff wurde ein jüdischer Festzug bei einer zionistischen Feier am letzten Sonntag vom Ortsbewohner gepöbelt. 30 Juden trugen mehr oder minder schwere Verletzungen davon. — In Lodz kam es erneut zu jüdischen Ausschreitungen, wobei mehrere Juden verletzt wurden.

Der Sohn Ibn Sauds Neisal ist zum Emir von Hodeida ausgerufen worden. Man nimmt an, daß Ibn Saud beabsichtigt, das ganze Gebiet des Yemen in Besitz zu nehmen.

Begegnungen mit Trotzky

Von Michel Gorel

Paris, Anfang Mai.

Ich bin ihm zweimal in Rußland begegnet.

Im Juni 1917 in Petersburg. Es waren vier Monate seit Ausbruch der Revolution verstrichen. Gutshoff und Milukoff, die großen Gegenspieler, waren schon erledigt. Kerenski spielte die Rolle eines Danton, aber ohne Erfolg. Albert Thomas und Vanderveide zogen durch ihre Länder und sammelten Bürgerheere. Man verachtete und verhöhrte sie aber. Die Armee laut auseinander und zerfiel im Augenblick. Man kämpft für „Zivilisation und Recht“. So steht es in Paris, Brüssel und Genf aus. Die „Muskis“ laden darüber. Das Ende des Krieges macht sich bemerkbar. Die Russen wollen sich einfach nicht mehr toschieren lassen. Oben auf dem Balkon des Aleschonskaja steht ein kleiner haartrichteriger Mann mit Spitzbart und schreit in großer Erregung in die Menge, die ihm freudig von unten jubelt: „Krieg dem Kriege! Frieden! Umstellung des Bodens und Sozialisierung von Hab und Gut!“

Dieser kleine Mann ist Lenin. In einer dieser klaren Nächte, wie man sie nur dort am Finnländischen Meerbusen kennt, nimmt mich mein Vater mit zu dem Bankier Abran Jotowsky. Ich bin noch ein Schüler von 13 Jahren. Mein Vater vertritt in Petersburg die großen Pariser Zeitungen. Bevor wir gehen, sagt er mir noch: „Bei Jotowsky werden wir einem seltsamen Mann begegnen, seinem Vetter. Er ist toben nach Rußland zurückgekehrt, nachdem er die Bekanntheit fast aller Gefangnisse in Europa und Amerika gemacht hat. Er heißt Trotzky.“ Jotowsky, ein reicher Kriegsgewinnler, gibt ein großes Fest, wie es früher in Rußland seine Seltenheit war. Kaviar, Champagner, geräucherter Fische aus der Wolga und dem Kaspiischen Meer werden in unvorstellbaren Massen aufgestellt. Man ist sehr ausgelassen. Der Wodka hat bereits seine Schuldbiligkeit getan.

Plötzlich sehe ich, wie durch diese lärmende Menge ein Mann sich den Weg bahnt, ein Mann mit einem gestrichelten Bart, riesiger Brille und einer sehr rauhen Stimme.

„Mein Vetter, Leon Trotzky“, stellt der Hausherr vor. Mein Vater fragte ihn sofort: „Was halten sie von der augenblicklichen Lage?“

„Ich bin weder auf der Seite von Kerenski noch bin ich mit Lenin einverstanden“, antwortete Trotzky. „Kerenski ist ein Clown ohne alle Fähigkeiten und Lenin ein Haarpalter, ein Doktrinär, ein Wahnsinniger. Uebrigens sind beide erledigt.“ Und nach einer kleinen Pause fährt er fort: „Wie sagte doch der Dichter Alexander Blok: „Man muß die Musik der Revolution hören.“ Darin liegt alles...“

Aber einige Tage später hatte sich Trotzky mit Lenin zusammengetan. Geführt auf den „Bachmann“, den „Haarpalter“, verwirklichte er am 7. November 1917 die größte Revolution. Er wurde, getragen von der Begeisterung des Volkes, zum Generalissimus der mächtigsten Armee der Welt ernannt.

„Die Musik der Revolution...“

Und dennoch eines Tages der... Sturz.

An diesen Tag erinnere ich mich wie gestern, es war im Oktober oder November 1925.

„Genossen! Das Wort hat Leon Trotzky...“

Der Ex-Diktator besteigt die Tribüne. Er ist kaum wieder zu erkennen, so ist er gealtert, seit man ihm die Macht genommen hat und er sich mit zweitrangigen Dingen hat beschäftigen müssen. Sein Bart ist grau geworden. Die Zivilkleidung steht im gar nicht — er, der Jahre hindurch die Uniform der Roten Armee getragen hat. Und dennoch, so wie er oben die vibrierende Sympathie seiner Zuhörer genießt, fühlt er sich wieder in seinem Element. Sein Körper strahlt sich sichtlich und er beginnt laut und fest zu sprechen:

„Genossen! Die Heldensperiode, die Poesie der Revolution geht zu Ende...“

„Darum hat sich auch Offenin getötet und viele andere werden es ohne Frage noch tun...“

Seine Stimme bricht ab und wird heiser. Er wirft seinen Kopf nach vorn und ruft mit geballter Faust: „Aber wir Genossen, wir bleiben der Poesie der Revolution treu.“

Und indem er nun seinen Kopf mit den silbernen Haaren stolz nach hinten wirft, ruft er weiter: „Troy allem, was kommt! Für immer und ewig!“

„Stalin, der russische Repräsentant des Weltkommunismus, schickt ihn in die Verbannung. Man erlaube ihm nicht einmal, seine Leibwäsche mitzunehmen.“

Im Dezember 1932 rief man mich in die Redaktion des „Pest Journal“: „Trotzky ist in Marseille. Wir brauchen ein Interview.“

Eine Stunde später sehe ich im Zuge. Zuerst eine Unterhandlung mit dem wachsamem Kommissar der Sicherheitspolizei. Dann das Hotel Regina, eine dunklere Treppe, die in das Zimmer führt, wo ich Trotzky vorfinde mit bitterer, trauriger Miene und noch grauer geworden als 1925.

„Ves Davudovitsch...“

Es ist wohl die Erinnerung an Petersburg und Moskau, die ihn veranlaßt, mich zu empfangen, allein nur mit den unzähligen Kollegen zusammen, die aus allen Ländern herbeigekifft sind.

Die Unterhaltung geht in russischer Sprache vor sich. Nach einigen Minuten (von der Fotograf, der mich begleitet, gelangweilt und sucht mit den Augen den Ausgang.

Denn Trotzky donnert. Er ist wieder der alte.

„Diese Behandlung durch eure Polizei... Man belästigt mich in einem fort, bewacht jeden Schritt von mir, läßt mich keinen Augenblick aus den Augen... Demokratie ist an und für sich schön. Aber die Demokratie ist die Polizei!“

Er kann sich nur schwer beruhigen. Ich versuche ihn auf ein anderes Thema zu bringen und gleich wieder drauf er auf.

„Aber die augenblickliche Revolution ist revolutionär, mein Herr; man muß schon ein Stalin sein, um das zu befreiten. Genau daselbe in Deutschland...“

Schrieb ich nicht vor einigen Wochen, daß der Nachfolger Papens nicht Hitler, sondern ein General sein wird. Und wie kam es? Schleicher wurde Reichskanzler. Von Schleicher ist ein deutscher Bonaparte. Aber nach ihm kommt die Revolution der Massen. Was Hitler anlangt, so ist der erledigt...“

Wenn ich gemein gemein wäre, hätte ich ja jetzt fragen müssen: „Wie Lenin im Juni 1917?“

Denn in der Tat einen Monat später war Hitler Kanaker...“

In jener Unterhaltung sagte mir noch Trotzky: „Nach dem heiligen Thomas von Aquino gibt es nur eine Todsünde: die Dummheit. Dieser Sünde klage ich Stalin an...“

Ein Kommissar unterbricht uns: „Ein Auto erwartet sie unten...“

Indem er in seinen Mantel schlüpft, sagte Trotzky noch: „Seit 35 Jahren mache ich Revolutionen. Ich habe mich allmählich daran gewöhnt.“

Seine treue Begleiterin, Natalja Ivanovna, kommt schon die Treppe herunter.

Diese Leute gehören sich nicht mehr. Sie gehören der Polizei. Aber sie gehören auch der Geschichte.

„Dieser Tage vor den grauen Mauern der Villa „Der Moniane“ in Barbizon, dem letzten Zufluchtsort Trotzky, den er auch schon wieder verlassen mußte, kamen mir alle diese Erinnerungen.“

Seltsame Szenen sah man sich dort abspielen. Die Massen durch die ultrasensationalen Artikel der Presse aufgeschreckt, kamen in Scharen, um den General ohne Soldaten, den „ewigen Ritter“ der Revolution, den Don Quichotte des Kommunismus zu sehen, der wieder einmal heimatlos geworden ist, weil der Name Trotzky Unruhe bedeutet, wie eine Zeitung der französischen Provinz schrieb. So treibt man dieses ergraute Gespenst der ewigen Revolution in der Welt umher. Armes Gespenst! Aber wer mit ihm gesprochen hat, wie ich, wird Ihnen versichern: „Bielleicht verdient er gar nicht diese Angst, die man vor ihm hat.“ — Cervantes schreibt: „Es gab doch einige vernünftige Bauern, die muhten, was sie von dem Ritter Don Quichotte zu halten hatten. Sie liehen ihn rubia seiner Wege gehen, ihn zum Teil bewundernd, zum Teil verhöhnd.“

(Aus dem Französischen von S. K.)

Hitlers Angst vor der Saar-Abstimmung

Die Rede von Göbbels hat in Frankreich das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung

PARIS, 8. Mai. Die französische Presse beschäftigt sich heute morgen noch eingehender mit der deutschen Saarfrage. In den Artikeln wird vor allem die Uneinmütigkeit Frankreich hervorgehoben, das nur die Wahlfreiheit der Saarländer geliebt wissen, aber nicht etwa das Saargebiet gegen den Willen seiner Bewohner zu Frankreich bringen wolle. Außerordentlich häufig schließt sich hieran die Forderung, der Völkerbund müsse auf Anregung Frankreichs für den Schutz der Abstimmungsabstimmungen sorgen, die nicht für Deutschland gestimmt haben werden.

Der „Matin“ bemerkt: Man müsse sich hüten, den Wert einer Propaganda herabzumindern. Die Propaganda habe sehr zum Triumph des „dritten Reiches“ beigetragen. Hinsichtlich der Saarfrage scheint sie aber keine wirkliche Beistand zu verraten. Die Rede des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda sei zugleich verheißend und drohend. Es gebe im Saargebiet Marxisten und Kommunisten und seit einiger Zeit Katholiken, die ärgern, ihre Opposition zur Schau zu tragen. Aber sie würden sie vielleicht auf ganz anomalen Stimmzetteln niederschreiben.

Wenn eine gewisse Anzahl das täte, dann würde das für das Hitler-Deutschland eine sehr große Enttäuschung und ein sehr gefährlicher Präzedenzfall sein.

Das Blatt spricht dann davon, daß Frankreich im Saargebiet wirtschaftliche und moralische Interessen zu verteidigen habe. Der Rücklauf der Saargruben müsse französischerseits schon jetzt mit größter Aufmerksamkeit vorbereitet werden, andererseits dürfe das Schicksal der Bürger, die „nichtkaiserliche Einstellung verdächtig seien“, Frankreich nicht gleichgültig lassen. Dr. Göbbels habe in seiner Rede den guten Wählern das Paradies verprochen, aber ohne Unterschied den schlechten Deutschen eine strenge Strafe angekündigt.

Es wäre schlimm, wenn sich an der Saar vielleicht in noch größerer Nähe die schrecklichen Szenen von Firmasens wiederholen würden. (Gemeint ist das Abbrechen von Separatisten durch Hitlerleute. Red. d. D. N.) Andererseits sei Frankreich nicht in der Lage, hunderttausend Flüchtlinge aufzunehmen. Es sei nicht zulässig, daß man Sympathien für Frankreich oder auch nur für ein Regime der Freiheit mit seinem Leben bezahlen könne.

Es sei Sache des Völkerbundes, dem Saargebiet einen Lebensorganismus zu verschaffen, der allen die Sicherheit ihres Lebens und ihrer Güter gewährleistet.

Der Außenminister des „Petit Parisien“ will aus Heftigkeit der Rede des Reichspropagandaministers schließen können, daß man in leitenden „hitlerischen Kreisen“ hinsichtlich des Ausganges der Saarabstimmung beunruhigt sei. Man müsse für die freie, geheime und aufrichtige Abstimmung sorgen.

Die Anregung der Schaffung einer internationalen Streitmacht im Saargebiet zur Wahrung des Weltfriedens sei englischerseits nur mit mäßiger Begeisterung aufgenommen worden. Der „Petit Parisien“ schließt, indem er dem Völkerbund ins Gewissen redet und ihn ermahnt, eine Hauptpflicht gegenüber dem Saargebiet zu erfüllen, nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu gewährleisten.

Das „Deuxième“ befürchtet, daß Repressalien nach der Saarabstimmung internationale Verwicklungen herbeiführen könnten. Frankreichs Politik in der Saarfrage laufe, wie man von maßgebender französischer Stelle zu verstehen gebe, darauf hinaus, zu verhindern, Deutschland jene ungebundene Propagandamacht der Einwirkung aus der Hand zu nehmen, dank der das Reich alle Stimmen auf sich zu vereinigen hoffe. Der Gedanke, die Saarpolizei, die ganz für Hitler gewonnen sei, durch internationale Kontingente zu ersetzen, habe Schiffbruch erlitten, weil sein Land seine Truppen dazu hergeben wolle. Nach dem „Deuxième“ unterläge die französische Regierung die Bemühungen, den Völkerbund oder besser noch den Internationalen Gerichtshof zu beauftragen, die Volksabstimmung mit den erforderlichen Bürgschaften zu umgeben. Nachdem das Blatt hinsichtlich einer Lösung der Saarfrage durch unmittelbare deutsch-französische Verhandlungen bemerkt hat, daß französische Großindustrielle für eine solche Methode seien, bringt es die Behauptung,

daß sich die Hitlerregierung vielleicht in einer schlechten Stellung befinde und möglicherweise nicht der Ruhmstempel der Saarabstimmung sein werde.

Die „Nournee Industrielle“ bezeichnet es als sehr bedenklich, daß trotz dem ungeheuren Druck die gegen Hitler eingehende öffentliche Meinung im Saargebiet weiter bestanden habe und daß die Gesamtheit der Bevölkerung gegenüber den Versprechungen und Drohungen von Berlin Zurückhaltung bewahre.

Der „Nournee“ bezeichnet den Satz der Rede Dr. Göbbels, wonach das neue Deutschland Frankreich und dem Völkerbund Widerstand entgegenzusetzen könne, als Bestätigung der Auffassung, daß ein Vertrag nur ein feines Papier sei und daß Deutschland auferzittert habe. Die deutsche Bereitschaft, über die Saarfragen unmittelbar mit Frankreich zu verhandeln, hat das Blatt nicht als Verhandlungsbereitschaft, sondern einfach als Angst vor dem Ergebnis der Volksabstimmung aus und protestiert gegen ein Interview des Vizekanzlers v. Papen, der in der „Kinowochenschau“, die auch in Pariser Kinos gezeigt wird, in französischer Sprache den deutschen Standpunkt in der Saarfrage vertritt.

Frankreich müsse, so schließt der „Nournee“, die germanische Flut, die bei der Saarabstimmung Wellen setze, sich nach Westen hin zu ergießen, eindämmen.

Die radikalsozialistische „Republique“ befürchtet, daß die Saarpolizei und Saarländische Polizei nicht stark genug seien, um einem evtl. Putsch widerstehen zu können. Der Völkerbund müßte durch die interessierten Mächte mithin alle Maßnahmen ergreifen, damit die Abstimmung mit der erforderlichen Ruhe und in Aufrichtigkeit vollzogen werde.

„Nachher“

Vorschläge des Saar-Ausschusses

Paris, 7. Mai.

Die nächste Tagung des Saarausschusses unter dem Vorsitz von Baron Aloisi wird am 12. Mai in Genf stattfinden. Hier werden einige Einzelheiten über den Bericht des Ausschusses wiedergegeben. Es wird u. a. berichtet, daß der Ausschuss den beiden unmittelbar am Schicksal der Saar interessierten Mächten vorzuschlagen wird, feierliche Verpflichtungen abzugeben, daß nach der Abstimmung gegen die Minderheit keine Repressalien vorgenommen werden.

Dieser Vorschlag wird hier mit starkem Befremden kommentiert. Es wird zwar als selbstverständlich angenommen, daß Frankreich eine solche Verpflichtung unbedingt halten würde. Ein gleiches Vertrauen zu den deutschen Verpflichtungen besteht aber nicht. Sehr treffend wirft das „Echo de Paris“ die Frage auf, ob eine solche Verpflichtung von deutscher Seite des Papiers, auf dem sie steht, wert sein wird.

Frankreichs Saardeklaration

Max Braun schreibt in der „Volksstimme“ zu der von uns veröffentlichten Saar-Proklamation des französischen Kammerabgeordneten Fribourg:

Es ist für einen Deutschen direkt peinlich, dem gewaltigen Unterschied in der Qualität der beiden Saardeklarationen vom vergangenen Sonntag nachgehen zu müssen. Und doch verlangt nicht nur das Interesse unserer engeren Saarheimat, sondern das wohlverstandene deutsche Gesamtinteresse gebietet auch ihre Herausarbeitung: Es ist viel weniger die Differenz in der Betrachtungsweise zweier Nationen, die die Göbbels-Rundgebung in Zweibrücken von der Fribourgschen Rede in Sathonay unterscheidet — als der unüberbrückbare und internationale Gegensatz zwischen Vernunft und Vernebelung, zwischen Logik und Lüge, zwischen klarer Menschlichkeit und qualmender Mystik, zwischen Weisheit und Wahnsinn.

Fribourgs Erklärung ist zunächst ein neues Bekenntnis zu den Menschenrechten. Religiöse, politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Freiheit im Gegensatz zur areligiösen, intoleranten, unfreien, antisozialen, kulturwidrigen und wirtschaftszerstörenden nationalsozialistischen Despotie — also ganz selbstverständlich, daß sie für die Saarfreiheit nur ein Völkerbundsregime in demokratischer Modifizierung nach dem Willen der Bevölkerung anerkennt.

Wir wissen, daß mit uns die weitestgrößte Mehrheit der deutschen Saarbevölkerung sich zu diesen Prinzipien einer sozialen Freiheit und Gerechtigkeit gegen Hitler, bekennt.

Die Deklaration, die Andre Fribourg den Gleichgeschalteten des Saargebietes im weiteren Verlauf seiner Rede gab, ist geeignet, Vermuth in den somieso schon dünnflüssigen Rückgliederungsmein von Zweibrücken zu schütten: Falls die Saar zu Hitler geht, wird Frankreich, so fährt Fribourg fort, „wie es unser striktes Recht ist, auf blanker Barzahlung bestehen. Wir haben keineswegs die Absicht, Obligationen anzunehmen, ganz gleich, unter welchen Garantien. Es sind so viele Dawes- und Youngobligationen in den Briefstücken der gesamten Welt, daß wir genau wissen, welchen Wert diese Papiere haben“. Das heißt mit andern Worten: Solange Hitler nicht die Gruben und den Privatbesitz des französischen Staates und französischer Privatpersonen in bar bezahlen kann, solange gibt es keinerlei Rückgliederung zu Hitlerdeutschland. Das wäre anders gewesen bei einem deutschen Regime, das Vertrauen verdiente — aber das kann nicht anders sein gegenüber den betrügerischen Bankrotteuren vom Hakenkreuz.

Und nicht minder ernst und schwerwiegend ist die andere kategorische Erklärung Frankreichs an die Gleichgeschalteten des „dritten Reiches“: „Die politische Barriere, die das „dritte Reich“ zwischen Saar und Frankreich wieder aufrichten würde — würde wirtschaftlich sofort zu einem eisernen Vorhang werden.“ Mit andern Worten: Frankreich wird einem Hakenkreuzregime an der Saar keinerlei wirtschaftliche Konzessionen machen!

Endlich stellt Fribourg unter Betonung des Festhaltens Frankreichs am Vertrage, an seinem gegebenen Wort und der Respektierung der menschlichen Freiheit nochmals ganz eindeutig fest, was schon Vancour auf der Januartagung des Völkerbundes in Genf erklärte: „Wir werden in keinem Fall zulassen, daß das Saargebiet in den diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland als Wechselgeld behandelt wird.“ Damit wird nochmals ganz ausdrücklich festgelegt, daß Frankreich einer Verschärfung der Saar an Hitler durch wirtschaftliche Vorteile, wie sie ihm wiederholt von Papen für einen Verrat an der Saarfreiheit angeboten worden sind, unter keinen Umständen seine Zustimmung geben wird.

„Es ist eine Ehrensache für Frankreich“, erklärt Fribourg, „daß die Bevölkerung des Saargebietes

vor, während und nach der Abstimmung geschützt werden muß. Wir werden im gegebenen Fall unter gar keinen Umständen zulassen, daß sich ähnliche furchtbare Geschehnisse wiederholen, wie sie unserm Rückzug aus dem besetzten Rheinland folgten.“ Und wir werden Frankreich und den Völkerbundsrat zur gegebenen Zeit an dieses Wort erinnern: Schutz allen Saarländern nicht auf dem Papier, nicht durch die blasser Tinte von Konventionen und nicht durch die heuchlerischen Worte feierlicher Erklärungen — sondern durch eine reale Macht, die nötigenfalls Gewalt gegen Gewalt setzt!

Jetzt hat der Völkerbund das Wort, dessen Ansehen und dessen Ehre in der Saarfrage in einem Maße engagiert sind, wie nie zuvor. Wir fordern unser Recht und erwarten seine Gerechtigkeit!

Zweibrücker Nachspiele

Grenzzwischenfälle

Die Saar-Demonstration von Zweibrücken hat die Erwartungen ihrer Veranstalter tief enttäuscht. Man hatte mit mindestens 200 000 Menschen gerechnet, in Wirklichkeit waren kaum mehr als 28 bis 30 000, alle Passanten mitgerechnet, erschienen. Von allen Seiten wird berichtet, daß die Rede des Reichspropaganda-Ministers Göbbels nur in ihrem ersten Teil ein härteres Echo fand. Als Göbbels gar kein Ende finden wollte, langweilten sich die Leute und gingen — Platz genug hatten sie auf der Rennbahn — spazieren.

Die vorsorglichen Maßnahmen der Regierungskommission im Saargebiet erwiesen sich als berechtigt. Auf saarländischem Boden wurden Uniformen und verbotene Abzeichen geiragen. Die Polizei konnte nur in wenigen Fällen durchgreifen. Sowohl von deutscher Seite als auch auf saarländischem Boden wurden die an der Grenze im Auftrag der Regierung tätigen Beamten der Regierungskommission öffentlich fotografiert und belästigt.

Zu ernennen Zwischenfällen

Kam es in den Abendstunden direkt an der Grenzlinie. Ein in der Polizeibehörde der Regierungskommission bediensteter französischer Staatsangehöriger wurde von hiterdeutschen Gendarmen bedrängt, als er sich an einen Brückenstein dicht an der saarländischen Grenze lehnte. Der Gendarm versuchte, ihn mit Gewalt herüberzureißen, wobei er seinen Hut verlor und eine geringfügige Verletzung an der Hand erlitt. Schlimmer ging es einem Einwohner von Gind, dem Mitglied der sozialdemokratischen Partei, Duffong, der sich im genannten Drie als ruhiger Mann größter Achtung erweist. Er wurde von drei hiterdeutschen Beamten unter Mißhandlungen über die Grenze gebracht. Aus den Reihen des Publikums heraus tönten — Brandrufe! Ohne den geringsten Grund wurde Duffong eine Nacht in hiterdeutsche Gefangenschaft gehalten. Bei dem Verhör ergab sich, daß er der üblichen Spitzerei zum Opfer gefallen war. Man hielt ihm vor, daß er mit antisozialistisch orientierten Personen verkehre ein „Gegner Deutschlands“, ein Anhänger Max Brauns sei, und daß er die „Volksstimme“ lese und verbreite. Duffong erklärte, daß er gerade als Deutscher und Gegner des gegenwärtigen Regimes sei. Bis zu seiner Freilassung am Montag morgen wurde Duffong keinerlei Protokoll zur Unterzeichnung vorgelegt — ein Beweis dafür, daß seine Festnahme ein reiner Willkürakt war.

Die Regierungskommission hat bereits die erforderlichen Schritte eingeleitet.

Antifaschistisches Sporttreffen

In Neunkirchen

Über 5000 Menschen fanden sich auf dem Stadion in Neunkirchen ein. Die Wucht einer Demonstration gegen die Rückgliederung an Hitler-Deutschland wurde offenbar, als die Massen sich in losen Trupps in Richtung Festplatz in Bewegung setzten. Manchem Neunkircher ist bei dem Anblick von so vielen Marxisten, Sozialisten und „Separatisten“ die Spude weggeblieben.

Abgesehen von einigen kleineren Zwischenfällen, die die sofortige Verhaftung eines unschuldigen Teilnehmers zur Folge hatten, ist nichts passiert, was ein Eingreifen der Sicherheitsbeamten gerechtfertigt hätte. Nach dreistündiger Zeit wurde der Betreffende wieder entlassen. Angeblich sollte er der Führer einer geschlossenen Abteilung in der Marktschloß gewesen sein. Jeder hatte den Eindruck, daß zwischen Landjägern, einigen Zivilisten und bekannten Nazisten aus Neunkirchen ein inniges Verhältnis bestand, das dadurch zum Ausdruck kam, indem die Herren Landjäger Redungen solcher Leute entgegennahmen.

Wenn der Volkskanzler reist

Die Winterhilfe bezahlt ein Auto des Millionärs

Hitler ist in der Nacht vor seinem Geburtstag mit dem Auto nach Bayern gefahren. Seine Art zu reisen spricht nicht für die ihm angedichtete Bescheidenheit, wie die nachfolgende Schilderung zeigt:

Nachts gegen 11 Uhr kam über die Staatsstraße ein Auto mit gelbem Licht angefaßt. Schon das Licht ließ darauf schließen, daß hohe Herrschaften darin sitzen mußten. Aber erst machte die Supe: tata — tata! darauf aufmerksam! Der Wagen war ein sehr komfortabler offener und jedenfalls feiner der üblichen Serienwagen. In ihm saßen sechs mit Dauben und in Mänteln vermununte Gestalten. Sie sahen wie Ausreißer aus. Das Auto trug die Nummer 1A also Berlin. Die Nummer selbst war bei der Schnelligkeit der Fahrt nicht zu entziffern. Aber es war eine niedrige Nummer. Kaum drei Minuten später kam dieselbe Straße eine Autofolge von vier komfortablen offenen Wagen angefaßt. Sie fuhren in einem Abstand von kaum sieben Meter voneinander in hartem Tempo. Gelbes Licht und tata — tata. Die Wagenzeichen waren bei einem Auto 1A, also Berlin, bei den übrigen dreien 11A, also München. Hitlers Wagen ist in München eingetrogen und läuft unter der Bezeichnung München. Auch in diesen vier Wagen sahen je sechs Mann mit grauen Hauben und Mänteln. Das ganze sah aus, als wenn

ein paar Duzend Millionäre auf der Flucht vor sich selbst seien.

In einem dieser Luxusautos sah der Adolf und die übrigen waren sein üblicher Retterstab. Vielleicht war darunter auch eine Horde Schwertbewaffneter SS, für den Fall, daß doch jemand den Versuch machen sollte, dem Adolf auf seiner Fahrt etwas tun zu wollen.

Anderes als hier beschrieben, reist der Führer und Volkskanzler nie. Immer in großer Begleitung, mit einem bewaffneten Aufgebot umgeben, in dem feinsten Luxuswagen, der auf seine 40 000 Reichsmark kostet!

So zeigt sich die enge Verbundenheit des Reichskanzlers mit dem Volke, das sich nicht einmal ganze Schuböfen leisten kann!

Die Zwickauer Rationalsozialisten haben Hitler zu seinem 45. Geburtstag ein neues elegantes Auto, Marke Ford, gestiftet. Sein Preis beträgt 22 000 Reichsmark. Bezahlt hat ihn die RSDAP, aus Mitteln, die für die Winterhilfe gegeben worden waren. Da diese Mittel nicht ausreichten, sind zur Ergänzung Mitgliederbeiträge der RSDAP herangezogen worden.

Der Reichskanzler ist aus dem Massenvertrieb von „Mein Kampf“ längst Millionär.

(Sopade.)

Die Rüstungskonjunktur

(Inpreß) Der „Petit Parisien“, der über die Aufrüstung des „dritten Reiches“ eine große Untersuchung veröffentlicht, gibt u. a. eine Statistik der deutschen Einfuhr von Kriegsmaterial für die Monate Januar und Februar der letzten drei Jahre:

	Einfuhr (in Tonnen)				
	Kupfer	Zink	Blei	Zinn	Nickel
1932:	19 482	13 524	9132	1870	499
1933:	22 125	12 102	5226	2354	621
1934:	38 296	22 362	9686	2684	1072

Das Blatt gibt eine minutiöse Schilderung der Firmen, die heute auf die Produktion der Kriegsmaterialien eingestellt sind: Büssing-Braunschweig; Deutsche Werke, Kiel; Schichauwerften, Elbing; Linke-Hoffmann, Breslau; Berlin-Karlruher Industriewerke; Loewe, Berlin; AEG.; Siemens & Halske; Hasse und Wrede, Berlin; Dräger in Lübeck; Leuna-Werke und die Waffenfabriken in Ruhla, Sömmerda und Erfurt; hergestellt werden: leichte Tanks, schwere Geschütze, Flugzeugabwehrkanonen, Armeerevolver, Bajonette, Waffenmaschinen, Giftgas usw.

Rüstungs-Kupferkonjunktur

Im Gegensatz zu den Jahren 1930/32 wird im Bericht der Westfälischen Kupfer- und Messingwerke AG. in Lüdenscheid über das Geschäftsjahr 1933 eine Besserung festgestellt. Schon im ersten Halbjahr trat eine gewisse Belebung der

Wirtschaftslage ein, die sich im Laufe des Jahres so weit besserte, daß man für die Berichtszeit gegenüber dem Vorjahr einen mengenmäßig um rund 30 Prozent höheren Umsatz zu verzeichnen hatte. Es konnte daher ein besseres Erträgnis als in den vorhergehenden Jahren erzielt werden.

„Kriegsgewinnler“

Das Programm: — — „Wir fordern restlose Einziehung aller Kriegsgewinne“ (Punkt 12 des „unabänderlichen“ Programms der NSDAP.).

Die Propaganda: — — Die Arbeitsschlacht „gegen die Not ist entbrannt, und dieser Krieg hat seine eigenen Gesetze. Im Krieg gegen die Not darf nicht jeder tun und lassen, was er will; wir werden nicht zulassen, daß, wie im Weltkrieg, eine neue Kategorie von Kriegsgewinnlern herangezogen wird“ (Der Reichspropagandaminister Dr. Göbbels am 26. April 1934 in Düsseldorf).

Die Wirklichkeit: — — „Infolge der sinkenden festen Kosten der Industrie bestände an sich die Möglichkeit, die Preise zu senken beziehungsweise die Löhne zu erhöhen. Im Interesse der Finanzierung der Arbeitsschlachten des Staates wie der privaten Wirtschaft läßt man aber der Industrie die Gewinne“ (Der nationalsozialistische „Wirtschaftsdienst“ vom 30. März 1934).

Lohnsenkung

(ITF.) Die Bauunternehmer erhielten von der Hitlerdiktatur bisher bereits 900 Millionen Reichsmark in Form von Baukostenzuschüssen für den Hausbesitz. Sie verstanden jedoch, gleichzeitig durch Senkung der Löhne der des gewerkschaftlichen Schutzes beraubten Bauarbeiter ihre Gewinne noch beträchtlich zu erhöhen. Die Brutto-Stundenlöhne der Maurer wurden in den ersten 12 Monaten der nationalsozialistischen Regierung

in Köln	von 113 Pf. im Jahre 1932 auf 87 Pf. im Februar 1934, — um 22%
in München	„ 117 „ „ „ „ 95 „ „ „ — „ 17%
in Breslau	„ 106 „ „ „ „ 89 „ „ „ — „ 16%
in Hamburg	„ 128 „ „ „ „ 110 „ „ „ — „ 14%
in Berlin	„ 126 „ „ „ „ 108 „ „ „ — „ 14%

gesenkt. In der 1.-Mai-Nummer des Zentralorgans der Deutschen Arbeitsfront lügt Ludwig Brucker, der Leiter des sozialpolitischen Ausschusses der Reichsleitung der NSBO., frech: „Es war Adolf Hitlers größte sozialwirtschaftliche Tat, daß er den Lohnabwürgern kategorisch ein Halt zurief.“ Aber im ersten Jahr der Hitlerdiktatur werden die Löhne der 3 Arbeiter bis zu 22 Prozent gekürzt, und gerade vom 1. Mai 1934 ab haben die Unternehmer die Möglichkeit, durch die von ihnen selbst festgesetzten Werkstarife die unter der Nazihererrschaft bereits so beispiellos abgebauten Löhne noch weiter zu senken. Den Arbeitern kürzen die Nationalsozia-

listen die Hungerlöhne, den Unternehmern schenken sie Millionen aus der Steuerkasse. Das ist der Alltag der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ und „Adolf Hitlers größte sozialwirtschaftliche Tat“.

Stokung der Sparkasseneinlagen

Nach der amtlichen Einlagestatistik haben sich die Spareinlagen der preußischen Sparkassen im März 1934 weiter erhöht. Die reinen Einzahlungen waren um 4,7 Millionen Reichsmark größer als die Rückzahlungen. Entgegen den Erfahrungen der letzten Jahre, waren die Einzahlungen (295,3 Millionen) niedriger als im Februar (302,0 Millionen). Die Erhöhung der Rückzahlungen (290,6 gegen 246,2 Millionen) entsprach dagegen ungefähr dem saisonmäßigen Rhythmus. Einschließlich der Zinsgutschriften (6,3 Millionen Reichsmark) sowie der aus der Aufwertungsberechnung übertragenen Summen (9,6 Millionen Reichsmark) und sonstigen Umbuchungen (0,7 Millionen Reichsmark) haben sich die Spareinlagen der preußischen Sparkassen um 21,3 auf 7011 Millionen Reichsmark erhöht. Die Giroeinlagen gingen in allen Bezirken etwas zurück. Insgesamt verminderten sich die Depositen, Giro- und Kontokorrenteinlagen der preußischen Sparkassen im März um 27,6 auf 803,3 Millionen Reichsmark.

2,6 Milliarden Länderschulden

Noch immer Steigerung

Die Zunahme der Schulden der deutschen Länder und Hansestädte hat sich auch im 4. Quartal 1933 fortgesetzt, wenn auch nur geringfügig. Die Länderschulden stiegen um 47,3 auf 2626,4 Millionen Reichsmark (+ 1,8 Prozent), die der Hansestädte um 12,6 auf 767 Millionen (+ 1,7 Prozent). Zugenommen haben die Schulden aus öffentlichen Mitteln, weniger stark auch die Schulden aus Kreditmarktmitteln, die bei den Hansestädten sogar eine fühlbare Verminderung erfahren haben. Die kurzfristigen Inlandsschulden der Länder sind fast gleich geblieben (+ 0,3 Mill), die kurzfristigen Auslandsschulden um 7,3 Millionen zurückgegangen, dafür haben lang- und mittelfristige Schulden zusammen um 17,9 Millionen zugenommen. An der Steigerung der Schulden sind fast alle Länder beteiligt, Bayern mit 14,8, Sachsen mit 8,8, Braunschweig mit 8,2 Millionen. Bei den drei Hansestädten rührt die Erhöhung aus einer Steigerung der Reichskredite her, die an die Stelle von Kreditmarktmitteln getreten sind.

Kein Aluminium-Import mehr für die Sowjetunion

Die Aluminiumproduktion wird in diesem Jahr dreieinhalbmal größer sein als im vergangenen Jahr und die Sowjetunion von der Notwendigkeit, Aluminium zu importieren, befreit. Das Wolkow-Aluminium-Kombinat, das erste in der Sowjet-Aluminium-Industrie, ist bereits voll in Betrieb gestellt worden. Die erste Abteilung des Dnjepr-Aluminium-Kombinats hat auch bereits den Betrieb aufgenommen unter Ausnutzung des Dnjepr-Hydroelektrizitäts-Werkes. Der Bau eines großen Aluminium-Werkes in der Leuingerader Provinz ist ebenfalls begonnen worden. Dieses Aluminium-Werk wird die zweite Abteilung des Dnjepr-Kombinats mit Rohmaterial versorgen.

Es gibt keine „Volkswirtschaft“

Im letzten Heft von Schmollers Jahrbuch enthält Karl Pintschovius-Stuttgart den „Volkswirtschaftsbegriff“ als Schwindel des Liberalismus und schließt seine Darlegung so: „Der Volkswirtschaftsbegriff ist im wesentlichen eine Ideologie, die in psychologischer Hinsicht noch heute eine starke Wirkung hat. Als technischer Begriff der Politik ist er ein sehr gefährlicher Anhalt, weil er die Wirklichkeit verfälscht und allzuleicht in den Ausgangspunkten irreführt. Ernste Wirtschaftspolitik ist ganz auf Wille und Macht gestellt. Zu einem volkswirtschaftsüberzeugten laissezfaire fehlt jegliche Tatsachengrundlage.“

„Diktatur“

Arbeiter lehnen sich auf

Vor einiger Zeit wurde ein Betriebsführer der Abteilung Brückenbau der „Dortmunder Union“ in Schußhaft genommen. Nach einem Bericht der „Westfälischen Landeszeitung“ gab in einer Gefolgschaftsversammlung des Betriebes der Betriebszellenobmann eine Darstellung der Angelegenheit, in der er es begrüßte, daß die Staatspolizei sich dieses Falles angenommen habe, nachdem die Arbeitskammer über vier Jahre in dem Betrieb Union-Brückenbau die schlimmsten Dinge über sich hätten ergehen lassen müssen. Sonderbarerweise habe der zuständige Direktor der Gesellschaft, der Vorgesetzte des verhafteten Betriebsführers, das Vorgehen gegen diesen als Diktatur bezeichnet. Der Kreisbetriebszellenleiter teilte in dieser Versammlung mit, daß die Verwaltung den verhafteten Betriebsführer auf seinem alten Platz setzen wollte; man müsse aber eine Bestrafung verlangen. Die Arbeiterschaft der „Union“ werde es sich unter keinen Umständen gefallen lassen, daß der in Schußhaft genommene Betriebsführer wieder zurückkehrt. Falls der übergeordnete Direktor sein unsoziales Benehmen fortsetze, solle er sich nicht wundern, wenn er einst denselben Weg gehen werde wie der Betriebsführer.

Leichte

Besserung der Farbensauhr

Im ersten Quartal d. J. hat Deutschland 317 175 dz Farben, Firnisse und Lacke im Werte von 54,14 Millionen Reichsmark exportiert. Das sind der Menge nach 6 Prozent und dem Werte nach 5,5 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres.

Die günstigere Exportentwicklung ist hauptsächlich der Steigerung des Auslandsabsatzes deutscher Anilinfarbstoffe zuzuschreiben. Besonders verdient die Steigerung der Ausfuhr nach der Tschechoslowakei (von 3968 auf 7348 dz), nach Britisch-Indien (von 3182 auf 6637 dz), nach Großbritannien (von 2456 auf 3288 dz), nach Italien (von 1252 auf 2615 dz) und nach Oesterreich (von 1268 auf 1909 dz) hervorgehoben zu werden. Bei einzelnen wichtigeren Exportmärkten sind allerdings auch Absagrückgänge festzustellen, die sich jedoch im allgemeinen in bescheidenen Grenzen halten. Lediglich die Anilinfarbstoffexporte nach Japan haben im laufenden Jahre einen verhältnismäßig scharfen Rückgang von 3336 auf 1417 dz aufzuweisen.

Kartelle hoch!

Der Reichskalirat ist durch eine Betriebsgemeinschaft (Kalisyndikat), der sich alle Kalibergwerksbesitzer anschließen müssen, ersetzt worden. Kalierzweiger, die nicht selbst Bergwerksbesitzer sind, können der Betriebsgemeinschaft nur beitreten, wenn diese es verlangt. In diesem Fall sind sie zum Beitritt verpflichtet.

Entwicklung

des russischen Eisenbahnwesens

Der Aufbau des russischen Eisenbahntransports ist eine der wichtigsten Aufgaben, die vor der Schwerindustrie, den Eisenbetrieben und besonders den Lokomotivfabriken steht. Der regelmäßige Eisenbahntransport hängt davon ab, wie diese Industrie ihre Produktionsverpflichtungen erfüllt. Die vergrößerte Produktion von Gußeisen und Gußstahl erfordert wiederum eine bessere Versorgung mit Lokomotiven, Wagen, Schienen und Ersatzteilen. Im ersten Viertel dieses Jahres erhielten die Eisenbahnen 286 Lokomotiven gegenüber 212 zur selben Zeit im vergangenen Jahr. Die Anzahl der Frachtwaggons vergrößerte sich auf 5115 gegenüber 3292 im letzten Jahr. Das Programm für die Herstellung von Ersatzteilen wurde weniger als 50 Prozent erfüllt. Die Regierung hat energische Schritte unternommen, um dieses Zurückbleiben auszugleichen.

Walvisch- und Delphinfang

Aus Moskau wird berichtet: Im ersten Viertel des laufenden Jahres waren die Walvisch- und Delphin-Fänge sehr erfolgreich. Während dieser Zeit wurden 297 000 Walvische gefangen gegenüber 194 000, die planmäßig vorgesehen waren, während im letzten Jahr nur 136 000 gefangen wurden. Die erfolgreichste Arbeit wurde im Kaspischen Meer geleistet, wo 173 Prozent des Planes übererfüllt wurden. Das Resultat dieser guten Arbeit war eine große Verdiensterhöhung der Sefischer. Die Einzelfischer hatten einen Durchschnittsverdienst von 672 Rubel und die Kollektivfischer 906 Rubel. Der Dampfer „Lomonosoff“ und sechs Boote sowie drei Eisbrecher arbeiteten in den nordischen Fischfanggebieten. Zu ihrer Verfügung standen zwei Flugzeuge, die das Vorhandensein von Walen durch Radio ankündigten.

Fiume wird Zentrum für Japandumping

Die Lagerhäuser des Freihafens von Fiume werden von Woche zu Woche mit japanischer Schleuderverware buchstäblich zum Bersten gefüllt. Neben Handarbeiten, wie Briggelstücher, werden Armbänder um 15 Lire ausgeboten, während für 50 Lire auch goldene Armbänder zu haben sind. Ebenso werden Pantoffeln und Gummischuhe, letztere zu einem Preise von 2,90 Lire geschleudert. Unsere Estrop-Information hebt in diesem Zusammenhang besonders die Schleuderverkäufe von Schantungseide hervor, die jetzt in allen Geschäften zu Preisen von 7 Lire bis hinunter zu 2 Lire feilgeboten wird und reißenden Absatz findet.

Erhöhte Einfuhr von Kraftfahrzeugen

Die „Kölnische Zeitung“ berichtet:

Im März d. J. wurden 805 Personenwagen, 102 Chassis, 331 Lastwagen und 338 Krafttrader im Gesamtgewicht von 13 842 dz und im Wert von 2,75 Millionen Reichsmark ausgeführt. Demgegenüber betrug die Fertigeinfuhr 269 Personenwagen, 71 Chassis, 66 Lastwagen und 55 Krafttrader, zusätzlich einer Teileinfuhr von 1826 dz, im Gesamtgewicht von 6506 dz im Werte von 1,23 Millionen Reichsmark. Der Ausfuhrüberschuß von 7336 dz bzw. 1,52 Millionen Reichsmark ist zwar gegenüber dem Vormonat saisonmäßig erheblich gestiegen, bleibt jedoch hinter März 1933 und erheblich mehr noch hinter März 1932 (8865 dz bzw. 2,135 Millionen Reichsmark) zurück. Der Grund hierfür liegt aber weniger in geringerer Ausfuhr, die trotz aller Schwierigkeiten gut gehalten, nach Spanien, der Schweiz und nach Belgien, welche Länder mit ziemlich regelmäßig 68—70 Prozent unsere Personenwagen- und 55—58 Prozent der Lastwagen ausfuhr den tragenden Rahmen unserer Kraftwagenausfuhr überhaupt darstellen, erheblich gesteigert werden konnte, als in der auffälligen Zunahme der Einfuhr, hauptsächlich in fertigen Wagen. Da der Hauptteil dieser Einfuhr aus Amerika kommt, tritt ihre Steigerung infolge der Dollarentwertung weniger im Wert als in der Menge in Erscheinung. Aber auch die Teileinfuhr ist längst nicht in dem Maße zurückgegangen, wie zu erwarten wäre. Die Tatsache, daß die Einfuhr von Kraftwagen steigt, während wir unsere Rohstoffeinfuhr aus zwingenden devisa-politischen Gründen beschränken müssen, ist jedenfalls recht beachtenswert.

Automobile gegen 100 000 Flaschen Sekt

Eine Meldung der Estrop besagt, daß die amerikanische Automobilindustrie mit der rumänischen Champagnerfabrik „Mott“ einen Vertrag abgeschlossen hat, in dessen Ausführung die Amerikaner als Kompensationswert von 100 000 Flaschen Sekt Kraftwagen nach Rumänien liefern werden.

Die badische Wirtschaft klagt

Auch in Baden hat die Aufwärtsbewegung im ersten Quartal 1934 angehalten. Auf der ganzen Linie fast wurde eine weitere Besserung der Beschäftigung erreicht. Wie die Badische Industrie- und Handelskammer in Karlsruhe berichtet, seien aber die Ausfuhrhemmnisse gerade für die badische Wirtschaft von einschneidender Bedeutung gewesen. Durch derartige Einbußen werde die Gesamtlage aufs stärkste beeinflusst; es liege daher im dringenden Interesse der badischen Wirtschaft, der Ausfuhr neue Wege zu erschließen.

Abonniert die „Deutsche Freiheit“

Ura-Linda-Disputation

Acabesken um eine völkische Blamage

Am 5. Mai fand in der Berliner Universität eine öffentliche Gelehrten-Disputation über die vielumstrittene Ura-Linda-Chronik statt, die der Marburger Urgeschichtsforscher Prof. Hermann Wirth vor einigen Monaten neu in deutscher Sprache herausgebracht hat. Diese Ura-Linda-Chronik erschien, wie man weiß, vor etwa 65 Jahren zuerst in Holland als ein von Generation zu Generation vererbtes Familiendokument, in dem Aufschlüsse über die Bevölkerung europäischer Nordens und deren Kultur von weitesttragender Bedeutung enthalten sein sollten. Nach Erscheinen der Chronik setzte schon damals eine heftige wissenschaftliche Polemik ein, die damit endete, daß der Beweis für die Un-echtheit des Dokuments erbracht schien. Dieser Beweis basierte auf der Feststellung der künstlichen Antikisierung des Papiers, auf der dilettantischen Vermischung germanischer Sagen mit humanistischen Wissensbrocken, orientalischen Religionsvorstellungen und schließlich auf der völligen Erkünstelung altfriesischer Sprache. Die Neuherausgabe durch Hermann Wirth hat den Streit neu entstehen lassen.

Dieselben Argumente wie damals spielen jetzt die Hauptrolle, hinzu tritt jedoch vielfach eine kategorische Ablehnung der als feminin betrachteten Staatsauffassung der Ura-Linda-Menschen. Von einer wirklichen Disputation über dieses Dokument kann bisher kaum die Rede sein; denn fast die gesamte Wissenschaft lehnt das Dokument rundweg ab. Andererseits spielt es in einer breiten Öffentlichkeit eine nicht geringe Rolle, vornehmlich weil Hermann Wirth einer der Vorkämpfer der achtsichtigen Bewegung ist und in der Schar seiner Glaubensanhänger der Ura-Linda-Chronik sozusagen als „Bibel der Germanen“ angesehen wird. Einen besonderen Akzent hat die Diskussion dadurch erhalten, daß sich durch ihre Veröffentlichung zeigte, daß die Grundlagen des gesamten stets angefochtenen prähistorischen Systems von Hermann Wirth keinen anderen Ausgangspunkt hat als eben diese Ura-Linda-Chronik. Die Forschungen Wirths dienen also im wesentlichen von vornherein dem Beweis der Echtheit des Dokuments.

Die Diskussion wurde, so berichtet die „Frankfurter Zeitung“, geleitet von dem Göttinger Rektor Professor Friedrich Neumann, der einleitend betonte, daß es sich nicht um die Frage handle, ob die Ura-Linda-Chronik überhaupt echt oder unecht sei, sondern ob sie ganz unecht oder nur teilweise unecht sei. Für weitgehende Echtheit traten ein Dr. Otto Huth vom Reichsbund „Volkstum und Heimat“, der Analogien zu anderen indogermanischen

Kulturen aufwies, so besonders in der Frage des Mutterrechts — der Ura-Linda-Staat fußt auf ihm und wird getragen von der Lehre, daß Wralda, der höchste Gott, die Welt leiten ließ von „Maiden“ —; allerdings konnten diese Analogien nicht überzeugen, und der Berliner Germanist Professor Hübner wies in seiner Entgegnung darauf hin, daß man zu sämtlichen Kulturen der Welt nach dieser Methode Analogien für die Ura-Linda-Chronik aufweisen könne.

Prof. Wüst aus München, der auch für die Chronik eintrat, meinte, es sei nicht entscheidend, daß das schriftliche Exemplar erst aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts stamme; ähnliche Erscheinungen finden sich in der Orientalistik mehrfach. Auch die Namensumstellungen und deren Varianten seien keine entscheidenden Gegenargumente, ebenso die Ethymologisierung antiker Namen nicht, wozu sich wiederum Parallelfälle in der orientalischen Forschung finden.

Wirth selbst betonte, daß die Entscheidung über Echtheit oder Unechtheit nur die Geistesgeschichte fällen könne, die auf den nationalen Zusammenhängen der Symbolik aufbaue; die Vorgeschichtswissenschaft könne bestenfalls Hilfestellung einnehmen; damit verlagert allerdings Wirth die ganze Frage in ein völlig unkontrollierbares Wissenschaftsgebiet, was schon seine im Lichtbild gezeigten Symbolinterpretationen deutlich erkennen ließen. Im übrigen sei seine Ura-Linda-Ausgabe nur eine vorläufige, und er selbst vertrete nicht die Ganz-Echtheit des Dokuments. Dagegen wurde gehalten, daß seine kritischen Bemerkungen in der Buchausgabe lange nicht so weit gingen, wie er hier jetzt zugebe.

Prof. Neckel (Berlin) wandte sich mit äußerster Entschiedenheit gegen das gesamte Weltbild der Chronik. Prof. Jacob-Friesen verteidigte mit Energie die Vorgeschichtswissenschaft, die einstweilen als einzige Forschungsarbeit wirklich gesicherte Ergebnisse zutage gebracht habe. Die wichtigsten Ausführungen machte Prof. Hübner (Berlin). Er wandte sich gegen den Geist des Dokumentes, von innen her, der ausgesprochen aufklärerisch und antikirchlich und antiautoritativ sei. Man müsse die Chronik als eine wohlgemeinte Fälschung im Sinne der politischen Utopie betrachten.

In der Natur der Disputation, die äußerst diszipliniert einsetzte, lag es, daß sie mehr und mehr zu einem erregten Gelehrtenstreit wurde. Das sehr zahlreiche Publikum nahm trotz der Länge der Veranstaltung lebhaften Anteil und empfand die Diskussion als eine Auseinandersetzung über den Geist und Sinn der germanischen Frühzeit.

Bürgertum. Eine Kreuzung von Hoflakaiengesinnung und kochender Vereinsmeierei. Strahlender Typus nicht nur seiner Zeit ist jener kgl. preussische Hofbäckermeister, der die vom kaiserlichen Schloß Urville eingehenden Brötchenbestellungen jahrgangweise sorgfältig binden läßt, um sie seinen Kindeskindern als Reliquie zu vererben. Er führt den Vorsitz in mehreren Meyer Vereinen unter der Bedingung, daß sich die Fahnenabordnungen jedes Vereines zu seinem Begräbnis einfinden — und zitterte dann im Weltkrieg dabeim um sein Leben, weil ja die Männer der Fahnen-sektionen im Felde waren!

So wimmelt es in diesen Erinnerungen von Typen aller Art, knalldeutschen Bürokraten, Leuten, die man lieb gewinnt und anderen, geschichtlichen Farben und Sprüchern — alles belichtet von ironischem Humor und heißer Liebe zur Heimat. Für Hermann Wendels Freunde aber tat das Buch den besonderen intimen Reiz: zu sehen, wie einer der ihren wurde, der von sich sagen darf, daß seine Feder immer auch ein Degen war.

Bruno Brandt.

Appell für Ludwig Renn

Die unterzeichneten Autoren von Kriegsbüchern aller Länder, die, unabhängig von der Seite, auf der sie im Weltkrieg standen und unabhängig von ihrer Weltanschauung, in ihren Werken die Schrecken des vergangenen Krieges aufdeckten, haben sich zusammengetan, um gegen die willkürliche Verurteilung des bekannten deutschen Schriftstellers Ludwig Renn ihre Stimme zu erheben.

Ludwig Renn, ein geborener Freiherr Vieth von Golßenau, der als Frontoffizier den Krieg auf der deutschen Seite mitmachte, hat durch seinen Roman „Krieg“ der Welt eine der objektivsten und ehrlichsten Darstellungen des Weltkrieges 1914-18 gegeben und hat seither in den vordersten Reihen jener gestanden, die jede Vorbereitung zu neuen imperialistischen Kriegen bekämpften. Nur aus diesen Gründen wurde er als einer der ersten von den Machthabern des „dritten Reiches“ in „Schulhaft“ genommen und jetzt, wegen einer Reihe von Vorträgen, die lange vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten gehalten wurden, zu 2 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Wir protestieren gegen dieses Urteil, das nach den Rechtsauffassungen der gesamten zivilisierten Welt jeder Unterlage entbehrt und fordern energisch die Freilassung von Ludwig Renn. Wenn wir den Fall Ludwig Renn herausgreifen, so ist es nicht er allein, den wir verteidigen. Wir zeigen der Welt die unerträgliche Verfolgung auf, deren Opfer viele tausend unschuldige Männer und Frauen in den Konzentrationslagern und Gefängnissen des „dritten Reiches“ sind.

Amerika: John Dos Passos, Upton Sinclair.
England: Sherriff.
Frankreich: Henri Barbusse, Romain Rolland, Theodor Pivier, Paul Cazin, Gabriel Chevallier, Joseph Jolinou, Georges Duhamel, André Pizard, Michel Corday.
Holland: Henriette Roland Holst.
Oesterreich: A. M. Frey.
Rußland: Konstantin Fedine, Leonid Leonow, Vladimir Lidine, Nowikow-Prilob, Mihail Sholochow.
Polen: M. Slonimsky.
Tschchoslowakei: Egon Erwin Kisch.

Der Deutsche Front-Beamte

Er ist ein Typ. Und nicht nur in Saarbrücken.
Ein deutscher Mann, durchaus. In allen Stücken.
So völlig offen, unbeirrt und klar.
Doch wenn sie ihn mit Dritte-Reich-Attrappen
Anstoß erregend irgendwo ertappen,
Nennt ers ein Mißverständnis und nicht wahr.

Nicht, daß er das Französische verdamme,
Er steht am Hakenkreuzweg, der Beamte,
Noch blank den Schild und das Gewissen rein.
Er ist ein braver Mann, ein stolzer, freier,
Nennt Hitler-Huldigung schlicht „Gedächtnisfeier“
(Der Kreuzweg könnte ja ein — Holaweg sein)!

Und wenn er Kommissionen schlaue bekichert,
Er tut es leis und ist noch rückversichert.
(Vielleicht wird das Ergebnis: Gleich zu gleich —)
Provokationen? Von ihm unvershuldet.
Denn: Siegt der „Erbfeind“, wär man geru geduldet.
Sonst aber kehrt man schmetternd „Heim zum Reich“!

Charlot

Karl Valentin bekommt Sprechverbot

„Was meinen sie“ . . .

Die „Neue Züricher Zeitung“ (Nr. 808) erzählt in einem Aufsatz (Bayvarisches Allerlei) folgendes aus München:

Das Volk billigt große Aufmärsche und das ganze Gepränge des nationalsozialistischen Staates; aber es antwortet mit dem alten Hutlupfen, mit „Habe die Ehre“ und „Grüß Gott“, wenn der Staat den deutschen Gruß „erwartet“, und das Volk gibt seine Antworten, die gar nicht staatsfeindlich gemeint sind, sondern nur auf die Grenze der beiden Bezirke aufmerksam machen wollen, wenn man ihm seine ureigene Form der Kritik, den Wit, verbieten will. Dafür zum Beweis folgende ergyliche Geschichte, die den Vorzug hat, wahr zu sein: Der Komiker Karl Valentin ist der Liebling Münchens. Einmal erzählt Valentin im Rampenlicht des Kabarets, er sei vor dem Hoftheater gestanden und habe sich die Autos angeschaut; aus jedem sei ein SA-Mann gestiegen. „Ich denke“, fährt er fort, „was ist da los, nichts als SA-Leute! Schließlich kommt noch ein Wagen und wer, meinen Sie, steigt aus dem? Ein Herr in Zivil!“ Großes Gelächter; Karl Valentin erhält von der Polizei drei Tage Sprechverbot zudiktirt. Nach drei Tagen steht er wieder auf der Bühne und stammelt in seiner verlegenen Art: „Da hab' ich neulich für einen Wit drei Tag Sprechverbot bekommen; aber ich muß mich korrigieren, es war nämlich gar kein Wit und ich habe mich sogar getäuscht; denn der Herr, der aus dem hintersten Automobil stieg, war auch ein SA-Mann, nur in Zivil!“ Brillendes Gelächter. Die Polizei verstand diesmal, daß Wit Wit ist und schwiag.

Schon einmal hat sich Karl Valentin mißliebig gemacht. Jemand fragte ihn, wie er über die heutigen Zustände denke. Antwort Valentins: „I soag garnichts, dös werd ma doch no soage derfu.“

Wende im Berliner Theaterwesen

Heinz Hilpert verläßt mit dieser Saison die Volksbühne, die unter seiner Leitung zum wichtigsten Theater Berlins geworden war und auch wirtschaftlich nicht ungünstig abschließt. Er übernimmt die Direktion des „Deutschen Theaters“, an dem er schon früher vielfach inaktiviert hatte. Als neuer Dramaturg unterstützt ihn Dr. H. Gressiker, früher Kritiker am „Berliner Börsencourier“. Als Nachfolger Hilperts in der „Volksbühne“-Direktion wird Bernhard Graf Solms genannt, der zuletzt das Theater in Dessau leitete und wahrscheinlich mit „Hafenlegende“ von Uhl die neue Spielzeit eröffnen wird.

Diese Notiz aus der gleichgeschalteten Presse verdeutlicht das Resultat des ersten braunen Schreckensjahres. Erst Joost-Krise am Staatstheater, jetzt verläßt auch Kurt Ludwig Achaz nach genau einjähriger Tätigkeit das deutsche Theater, in das er Protektion und sehr viel Geld hineingesteckt hatte.

Der Nachfolger Hilperts wird der braune Graf Solms, einer von den Allergrettesten. Er wird die Volksbühne schnell herunterwirtschaften.

Das Tänzchen

Neue Form des Gemeinschaftsleben

„Es fühlte sich keiner zu schade, es stand niemand abseits: „Was geht mich das an?“ Der Gauleiter, der mit seinen Amtsleitern am Abend nach der Kundgebung wohl an ein Dutzend der größten Kölner Betriebs- und Ortsgruppenfeiern besuchte, sah überall in lachende Gesichter. Ueberall hatte man das Empfinden, eine neue Form des Gemeinschaftslebens vor sich zu haben. Was man nie für möglich gehalten hätte, war Tatsache geworden: Der Herr Direktor tanzte mit der Frau des Chauffeurs und die Frau Bürovorsteher mit ihres Mannes kleinstem Angestellten. Und zum Schluß hatten alle viel Spaß gehabt!“

„Westdeutscher Beobachter“ über die abendliche Maifeier in Köln.

Braune Splitter

Auf der nationalsozialistischen Maipalatte befinden sich Hammer und Sichel sowie der „Geistesarbeiter“ Goethe. Es empfiehlt sich, den Geistesarbeiter in einen Kopfarbeiter umzutauschen, der dem „dritten Reich“ näher liegt als der Freimaurer Goethe, den Scharfrichter!

Göbbels hat in seiner letzten Rede vor den Journalisten mehr Charakter und mehr Mut verlangt. „Mehr Mut“ ergänzte ein Hörer sarkastisch — „zum Konzentrationslager“!

Die SA. wird Mitte Juli „auf Urlaub“ geschickt. Weshalb? Auch Hitler will sich einmal erholen.

Metzer Erinnerungen

Vor vierzig Jahren

Romane soll man nicht vorm dreißigsten, Erinnerungen nicht vorm fünfzigsten Lebensjahr schreiben. Das eine setzt ein gewisses Maß Menschenkenntnis, das andere Klärung des eigenen Wesens und Lebens voraus. Hermann Wendel ist im März fünfzig geworden, und wenn er jetzt „Jugenderinnerungen eines Meyers“ (Straßburg, Librairie de la Mésange — Editeur) herausbringt, so werden sie trotz der Unbeschaulichkeit und Zerrissenheit der Zeiten nicht nur bei den Lesern seiner Bücher auf Interesse stoßen. Denn bei den Lesern seiner Bücher auf Interesse stoßen. Denn seit Ben Akiba alles schon dagewesen ist, kommt es nicht so sehr darauf an, was einer erlebt, sondern wie er es erlebt und wie einer das Zeittypische des Durchlebten darzustellen und wie unser Schrifttum glänzende Essays, knappe wie große historische Bilder verdankt, sich nicht lumpen lassen wird, wenn es sich um das des eigenen persönlichen Daseinsbezirk handelt.

Dieses Stück lothringischer Jugend verläuft äußerlich scheinbar in den größten Bahnen mittlerer Bürgerlichkeit, aber das innere Erleben ist um so reicher und stürmischer und bleibt typisch für jene recht dünn gesäte literarisch-bürgerliche Jugend, die im wilhelminischen Deutschland zur Sozialdemokratie kam, weil ihr die Welt ihrer Klasse zu muffig und demokratisch war. Bis zur Tertia ist es noch Karl May, mit dem man sich begnügt, dann setzt der Kampf mit verknöcherten Pankern ein, so daß man geneigt ist, „Miststreiter“ zu lesen, wenn Wendel von Mitschülern schreibt: der Kampf geht weiter mit literarischer Revolution, trunkenem Heidentum, Lyrik und Schülerzeitungen, die den Philister zausen und mündet im Sturm und Drang einer Bohème-Periode in Mey und Straßburg, in welchem Kreis sich das ganze junge Elsaß- und Lothringen von damals bewegte. Verschiedene bedeutende Namen gingen aus diesem Kreise hervor, Schriftsteller, in deren Geist und Blut sich zwei Kulturen mischten: die deutsche und die französische.

In dieser Riesengarnison Mey marschierten nicht nur Regimenter sämtlicher deutscher Stämme auf und umgaben die Bürger mit ewigem Soldatenspiel, sondern hier stieß die Geschichte zweier Völker heiß aufeinander. Um diesen Boden ging das Ringen und Hassen zweier großer Nationen. Nahezu alle politischen und preussische Traditionen vermengten sich hier und paulten schon dem Knaben so plastisch Geschichte, daß er sehr bald den Historiker in sich rumoren fühlte. In dieser gefährdeten „Westmark“, wo alles darauf ankam, für das deutsche Volk moralische Eroberungen zu machen, triumphierte der Geist teutonischer Germanisationen so volksfremd, daß diese Provinz für Deutschland längst vorm Weltkrieg verloren war. Das Militär bedeutete alles, das „Zivilistenpack“ nichts. Auf solchem Boden gedieh die Zabernaffäre. Und hier, in dieser Kaserne, lernt der Einjährige Wendel eine „Ordnung“ kennen, die die Welt in Herren und Gemeine teilt. Minderwertigkeit und Ungeistigkeit durch Schinderei der „Gemeinen“ zu kompensieren — eine Tradition barbarischer Einheit, die heute im „dritten Reich“ zu neuen sadistischen Organen auferstanden ist.

Wie der Kommiß dieses Heerlagers, so sein deutsche

Amerikas Scheidungsparadies

Hollywood, im Mai.

„Reno the biggest little city of the world“, das leuchtet in Neblendbüscheln quer über die Hauptstraße, und wirtlich, es herrscht dort Tag und Nacht solch ein toller „Mummel“ und Betrieb, daß man glauben möchte, man sei mitten im Amsterville einer Weltstadt, nicht aber in einem Nest von 18.000 Einwohnern jenseits der schneebedeckten und sturmgepeinigten Sierra Nevada, in einer der ödesten und dünnbesiedeltesten Gegenden der USA.

Reno hat heute mehr Betrieb als Newport, mehr Nacht- leben als Chicago, mehr Zeitungsreflexe als Washington und Hollywood. Reno ist die populärste Stadt der USA. — Und warum? Nur weil im wunderschönen Monat Mai des Jahres 1931 die schlaue Landesväter ihrem Staate Nevada ein neues, kleines Gesetz gaben, dessen Sinn in fünf Worten zu treffen ist: Wohnsitzzwang auf sechs Wochen reduziert. Was heißt das? — Also früher mußte man, wollte man sich schmerzlos scheiden lassen, sechs Monate in Nevada wohnen. Vor ein paar Jahren wurde die gesetzliche Frist auf drei Monate reduziert, und alsbald entwickelte sich eine blühende Scheidungsindustrie. Denn Nevadas Scheidungs- gesetz ist dehnbar, die Richter sind einheitsvoll, die Anwälte tüchtig und die Behandlung süßant. Es wird eine runde, ruhige Arbeit geliefert, dergestalt, daß man sofort nach Ablauf der Frist rechtskräftig geschieden ist und am selben Tag (sogar im selben Haus) wieder heiraten kann, während man in anderen Staaten noch ein Jahr warten muß, bis das Urteil rechtskräftig wird. Kein Wunder also, daß Reno schon in früheren Jahren ein bevorzugter Scheidungsort war. 1932 wurden 2102 und 1933 sogar 2149 Ehen geschieden. Für das laufende Jahr rechnet man mit einem Rekord von über 3000 Scheidungen. Es gibt in dieser Stadt von 18.000 Einwohnern annähernd 150 Anwälte, die neuerdings ins- gesamt ein durchschnittliches Monatseinkommen von 100.000 Dollar haben.

Kein Wunder, daß sich auch andere Staaten eine so nette Piründe zu sichern suchen. Besonders Mexiko und Cuba. Dort kann man sich schon noch schneller und noch bequemer scheiden lassen. Aber Reno hat nun einmal den alten Namen und die Tradition. In Reno haben sich die Vanderbilts, die Goulds und Lady Inverclyde scheiden lassen, Jack Dempsey und ein ganzer Schock berühmter Filmstars aus Hollywood, angefangen von Mary Pickford (deren 1. Ehe vor 12 Jahren in Nevada geschieden wurde) bis in die jüngste Vergangenheit und Gegenwart. Eine Reno-Scheidung ist „fashionable“. Wer etwas auf sich hält und wer es sich leisten kann, läßt sich grundsätzlich nur in Reno scheiden. Es gibt sogar Frauen, die sich immer wieder in Reno scheiden lassen.

Die neue große Haufe ist natürlich der Verringerung der Wohnsitzfrist zuzuschreiben. Das Scheidungsgesetz von Nevada war von jeher sehr bequem. Es gibt neun Scheidungsgründe. Meistens wählt man „mental cruelty“. Für einen einseitigen Richter und einen geschickten Anwalt wird „geistige Grausamkeit“ schon etwa in dem Umstand evident, daß der eine Ehepartner sich „in irritierender Art zu äußern und unästhetisch mit der Nase zu zuden pflegt“. — „Die Nase gefällt mir nicht!“ — daraus läßt sich schon ein juristisch hieb- und stichfestes Scheidungsgrund konstruieren.

Es genügt auch vollkommen, wenn einer der Ehepartner die sechs Wochen in Reno abspielt. Meistens Madame, schon damit das Männchen nicht in der lobenswerten Beschäftigung unterbrochen wird, fleißig Dollar zu machen. Er hat's auch nötig. Denn solch eine Scheidung kostet eine Kleinigkeit. Die Gerichtsgebühr selbst beträgt zwar nur einige dreißig Dollar. Das Anwaltshonorar schwankt, je nach der Prominenz, des Juristen und dem Bankkonto des Klienten, zwischen zweihundert und zehntausend Dollar. Aber dann beginnen sie erst die Zahlungen für die Abfindung bzw. Alimentation von Madame, und inzwischen muß sie sechs Wochen in Reno leben. Auch das macht einige Spesen; denn die tüchtigen

Einwohner des Städtchens sind mit rührender Umsichtigkeit besorgt, daß es ihren Scheidungslästerern und dollargeleg- neten Gästen in nichts fehlt und daß ihnen auch die Zeit nicht lang wird.

Deshalb ließ denn auch eine verständige Landesregierung wieder ein kleines Gesetzchen passieren, wonach das Glück- spiel in Nevada konzeffioniert ist. Seitdem ist jedes zweite Haus in Reno ein „Club“. Beim Roulette vergeht die Zeit ja so schnell, und es wartet sich viel angenehmer die sechs Wochen. Und die Telegrafenanlässe in Reno befördern ja billig und prompt jede Bitte um Spenerneuerung.

Es gibt in Reno eine kleine Straße, da ist nicht jedes zweite, sondern jedes Haus eine Spielbank. Die Türen sind weit offen und andauernd, zu jeder Tage- und Nachtstunde, schiebt und drängt sich da eine bunte Menge von einem Klub in den anderen. Da sitzen elegante Scheidungskandidatinnen neben der Jeunesse dorée und auch ältere Kavaliere aus vielen Hunderten gutbürgerlichen Familien der Union neben Millionären, Portofassentavalieren und Defraudanten. Ko- kotten jeder Rasse und Schicht, gutmütig brabbelnden Re- gern, kleinen Spielverfeßenen Chinesen und riesigen Cowboys und Viehhirten, die aus den Höhen der Sierra Nevada ihre Ersparnisse nach Reno tragen und, den Wildwesthut auf dem Kopf, mit kruppigem Bart Stunde um Stunde am Spielstisch sitzen.

Sie fragte den Richter, ob denn in Reno nur geschieden oder auch fleißig geheiratet würde. „Na, und ob!“, meinte er. Dann sah er auf die Uhr und blickte zum Fenster hinaus. „Es ist jetzt sieben Minuten vor zwölf“, sagte er. Um zwölf gehe ich zu Tisch. Da unten geht gerade ein hübsches Mädchen vorbei. Wenn Sie sich etwas beeilen, holen Sie sie noch ein. Bringen Sie sie hier herauf und ich verheirate euch noch vor Tisch.“

„Was kostet das?“ — „Zwei Dollar“, sagte der Richter und sah zum Fenster hinaus. Das Mädchen verschwand gerade um die Ecke. „Schade, jetzt ist sie weg.“ — „Ein andermal“, meinte ich.

„Sie könnten übrigens am Nachmittag die Scheidungsklage einreichen, und Montag in sechs Wochen erklär ich Sie zuw freien Mann. Dann können Sie gleich wieder heiraten.“

Das größte Stadion der Welt

In Ismailowo bei Moskau wurde mit dem Bau eines Union-Sportstadions begonnen, das das größte der Welt sein wird. Auf seinen Eisenbetontribünen werden 140.000 Zuschauer Platz finden. Die Tribünen werden mit Granit und Marmor bekleidet und von 65 mächtigen Granitsäulen umgeben. Im Zentrum wird außer einem grandiosen Fuß- ballfeld und Ständen eine große Grünfläche für Massen- veranstaltungen angelegt. An den Seiten werden eine Tennisstadt mit Tribünen für 15.000 Personen, eine Rad- fahrbahn für 10.000 Zuschauer, Militär- und Kinderport- plätze gebaut. Unter der Leitung Prof. Raifelds arbeitet eine Brigade ein System mächtiger Scheinwerfer aus, die bei einretender Dunkelheit das Stadion erleuchten werden.

Eine Liliput-Druckmaschine

Der Moskauer Techniker Lepkow und der Drucker Golub- low haben eine originelle Druckmaschine konstruiert, die nur ein Sechstel des Umfanges der amerikanischen Schnellpresse hat. Sie ist kaum größer als eine gewöhnliche Schreib- maschine mit großem Schlitzen und kann mit drei Geschwin- digkeiten — 1500, 2000 und 2500 Abzüge in der Stunde — arbeiten. Sie wird durch Hand- oder Fußbetrieb sowie elektrischen Strom angetrieben, was es ermöglicht, sie unter den verschiedensten Umständen zu benutzen. Die Massen- herstellung solcher Maschinen soll in aller nächster Zeit erfolgen.

Klagelied der verkannten Poeten

Von Georg Wilhelm.

Es klagten hier vereint wir Dichtkollegen,
Daß keiner mehr Gedichte lesen tut.
Ach, wenn uns nur am Lesen wär gelegen!
Es läßt sich doch kein Redakteur bewegen,
Sie abzudrucken. Wenn, dann wärs schon gut!

Was sollen denn wir armen Dichter machen,
Die wir gezwungen sind durch irgendwas,
Von uns zu geben nur gereimte Sachen?
Ja, Sie Verehrtester, für Sie ist das zum Vachen,
Doch uns ist's ernst! Uns macht das keinen Spaß!

Wir sitzen da und tippen hundert Seiten
Vom frühen Morgen bis zur Mitternacht.
Wir schwärmen von der fernem Länder Weiten
Und von Kamelen, die Kraber reiten.
Und dafür werden wir dann ausgelacht!

Wir sind ja eigentlich schon längst unmöglich
Und gar nicht brauchbar mehr in dieser Zeit.
Und trotzdem — mög es auch erscheinen kläglich —
Ist uns reimlose Sprache einfach unerträglich,
Drum treten wir die Welt in Versen breit.

Wir müssen, müssen, müssen einfach reimen!
Ob's ein Geschäftsbrief ist oder ein Spruch.
Wir können gar nicht anders. Und auch keinem
Von uns gelingt es je, sich auszuschleimen.
Was wir in Prosa machen, das ist Bruch!

Man sperre alle Dichter hinter Mauern,
Die dicker sind noch als der dicke Stein.
Wir werden doch die Zeiten überdauern,
Und noch die Nachwelt wird vor uns erschauern,
Denn ohne Verse kann kein Mensch nicht sein.

Wir wissen — vom Prophet im eignen Lande
Und so. Das ist für uns ein schlechter Trost.
Wir kommen nie mit unserem Geld zu Rande,
Wir vegetieren so in Schimpf und Schande,
Bis wir ganz alt sind, und das Haupt bemooft.

Doch wenn Ihr uns dann endlich habt vergraben
Und unser Reichnam ist schon halb verweht,
Dann fällt Euch ein, was wir geschrieben haben!
Dann laßt plötzlich Ihr von unseren Gaben.
Der Schlag treff Euch, wenn Ihr uns da n n erst lest!

Das Diktaphon im Flugzeug

Ein abenteuerliches Experiment hat die Fliegerin Mrs. Bruce durchgeführt. Sie hat sich in ihr Flugzeug ein Diktaphon einbauen lassen und hat so während eines 24-Stunden- fluges in der Luft ein Buch geschrieben. Die Hände am Steuer sagte sie ihrem Diktaphon die Eindrücke an, die sie während des Fluges hatte. Einmal flog sie über die Dschungel Afriens, sie sah einen Tiger, der sich auf seine Beute stürzte, sie sah weltverlassene Siedlungen der Menschen, langsam schraubte sich das Flugzeug höher und höher, um die Berge des Reiches Firma zu überfliegen. Und von all dem eben Ersehnten gab sie eine Reportage, eine lebhaft Schilderung des soeben Erlebten, wie man es später nie mehr sagen oder schreiben kann. Plötzlich kniete ihr Herz mitten über dem wildzerklüfteten Gebirge versagte der Motor, unweigerlich mußte das Flugzeug in wenigen Augenblicken gegen einen Fels rennen — aber ruhig diktierte sie ihre letzten Worte in die Maschine: „Gut, ich bin zu- frieden, ich möchte hier lieber sterben als in meinem Bett.“ Sie sollte aber noch nicht sterben — der Motor erhobte sich wieder, sie konnte die Höhe erreichen und wohlbehalten hinter den Bergen landen. Die auf die Wachsplatte ge- sprochene Reportage ist aber ein einzigartiges Dokument für die Weltgegenwart der jungen Fliegerin geworden.

Kastration früher und heute

Deutschland ist in der grauen Vorzeit angelangt. Seine Nachbarn revidieren das große Reich jenseits des Rheines mit einer Schnelligkeit zurück, daß es einen Aufkammerischen des 20. Jahrhunderts zu grauen beginnt. Jetzt, da ein Volk wie das deutsche, das lange Zeit in Europa auf kulturellem Gebiet geradezu vorbildlich war, sogar seine politischen Gefangenen in den Konzentrationslagern, den Gefängnissen und Zuchthäusern bei „Michtbesserung“ entmannen lassen will, dürfte es von allgemeinem Interesse sein, welche Rolle die Kastration in der Menschheitsgeschichte spielt.

Die Kastration ist tiefverbunden mit armanischen Vor- stellungen und Bräuchen primitiver Völker. Zwei Wurzeln lassen sich in der Entstehungsgeschichte freilegen. Die eine davon religiösen Ursprungs. Sexuelle Verstümmelungen wurden aus religiösem Eifer und Aberglaube begangen. Diese Entmannungshandlungen wurden vielfach aus dem Prinzip der sexuellen Enthaltensart entwickelt. Enthaltensart und Kastration sind beide als Askese zu werten.

Das Christentum der Vertreter der Askese mußte zeitweise einen besonders günstigen Boden für Entmannungshand- lungen darstellen. Bei der lebensverneinenden Grundhal- tung, wie sie dem Christentum anfänglich eigen war, erscheint es verständlich, daß schon bei den ersten Eiferern die Reizung auskam, den Sitz der menschlichen Kraft zu vernichten. Dieser Vernichtungswille trat so häufig in Erscheinung, daß sich im vierten Jahrhundert das Konzil zu Nicäa mit den über- handnehmenden Selbstverstümmelungen zu beschäftigen hatte. Obwohl die Kirche mit Entschiedenheit die Selbstverstüm- melung als nicht im Sinne des Christentums ablehnte, hat sich das Kastrationsmoment als Zeichen besonderen religiösen Eifers bis heute im Rahmen einer Sekte erhalten, die auf christlichen Lehren fußt.

Die russisch-rumänische Sekte der Stoppen „weiße Tauben“,

die sich in Rußland und Rumänien finden, begründen ihre Entmannungshandlung auf Matth. 10, Vers 12. Sie sind der Überzeugung, daß Christus kastriert war. Sie kennen das sogenannte „Kleine Siegel“, das durch Abtrennung des Hodensackes erfolgt und den „großen Siegel“, bei dem neben dem Hodensack auch der Penis entfernt wird. „Verstümmelung“ der Frau erfolgt durch Abschneiden der Brüste und Verküm- mung der äußeren Geschlechtsstelle. Die römischen Kabele- priester verstümmelten sich am Tag des Attis-Festes mit einem scharfen Stein oder einer Nadel und opferten ihre Geschlechtsstelle ihrer Gottheit.

Nach kriechendem Recht wurde, wie die „Blätter für Ge- schichtskunde“ wissen wollen, die schwerste kriminelle Hand- lung, die Tempelschändung, erst dann mit der Todesstrafe, die in Erlaß bestand, gesühnt, nachdem der Täter ent- mannt war. Grimm berichtet, daß es eine Bestimmung im Schaumburger Landrecht gab, wonach Baumfrevler mit er- zwingender Selbstkastration bestraft wurde. Man hand dem Täter die rechte Hand auf den Rücken, nagelte seine Ge- schlechtsstelle auf den Stamm des Baumes, den er abge- schlagen hatte, und gab ihm ein Beil in die linke Hand, damit er sich selbst bekrete.

Nach Marcuse kämpften die Armenischen um das Weibchen wie Hirschköder und Hefe. Der erste, der seinem Gegner im Kampf die Geschlechtsorgane abhieb oder andröh, hatte die Kastration erlitten. Später mag sich dann gezeigt haben, daß der Kastrierte als Nebenbuhler im Kampf um das Weibchen ausschied, daß er aber gerade dann als Sklave um so brauchbarer wurde. Es war vorteilhafter, den über- wundenen Gegner zum Eunuchen zu machen, als ihn zu töten.“

Bei der Königin Semiramis treffen wir auf Gedanken- gänge, die sich die Barbaren des „dritten Reiches“ zueigen

machen. Sie ließ schwächliche und elende Männer kastrieren, um minderwertige Nachkommen zu verhüten. Die Athener, die Römer (aber nur unter Augustus) bestrafte Notzucht- verbrecher mit der Kastration. Die Gallier kastrierten diebische Sklaven, die Byzantiner politische Gegner (siehe „drittes Reich“). Als Strafmaßnahme kannten die Ägypter, die Chinesen, die Perser, einzelne Stämme der Australier, der Malaien und der Indianer die Entmannung.

Allgemein bekannt ist die Vernichtung der Geschlechtsdrüsen bei Sklaven, die als Haremswächter (Eunuchen) dienten. Durch Abschneiden, Abschneiden, Zerquetschen und Zerhäm- mern (Hämmerlinge) der Hoden wurden sie entmannt. Im früheren Kirchenstaat wurden die Sängerknaben kastriert, damit sie die Knabenhafte Stimme behielten.

Vielmehr werden Kastrationsakte von triebhaften Gefühls- waltungen bestimmt. Dazu finden wir zahlreiche Beispiele in der Kriegsgeschichte. Im Krieg der Italiener gegen Abo- finien (1896) wurden in der Schlacht bei Adua eine große Anzahl italienischer Soldaten und Offiziere von den Sol- daten des Negus Menelik der Hoden beraubt. Nach Wittels kastrierten Araber auf dem Rückzug der deutsch-türkischen Armee in Syrien ihre Feinde.

Der Vernichtungswille ist der ausschlaggebende Faktor. Das darf man vor allem nicht vergessen bei der Handhabung des Kastrationsgesetzes in Deutschland. Ueber Kastration als Therapiemaßnahme läßt sich in einem kultivierten Staat diskutieren, in einem Land aber, in dem nicht einmal ein Gedanke erlaubt ist, der den Nachbarn nicht gefällt, muß eine solche Maßnahme zur schlimmsten Barbarei führen. Animalische Radewut- und Angstgefühle beherrschen die Bandenführer des „dritten Reiches“. In den Konzentrations- lagern nahmen „Terrorgruppen zur besonderen Verwen- dung“ die Entmannung der Gefangenen durch Vertreter der Geschlechtsstelle vor. Jetzt wollen die Kerze die Ent- mannung mit dem Messer ausführen. Das ist nur ein gradueller Unterschied.

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Die Pariser „A“, die bekannte allgemeine Studentenvereinigung, hat infolge von Zwischenfällen und wegen der auf 150 000 Fr. angewachsenen Schulden ihre Pforten geschlossen. Anscheinend steht das in Verbindung mit der Absicht, die Statuten zu ändern.

Starkes Aufsehen erregt in sozialistischen Kreisen die Wiederwahl des aus der Kommunistischen Partei wegen seiner Einheitsaktion ausgeschlossenen Bürgermeisters von Saint-Denis Doriot mit seinen Freunden. Er erhielt 11 949 Stimmen gegen 6150 im Jahre 1930. Die Sozialisten stimmten für Doriot, die Kommunisten hatten keinen Gegenkandidaten aufgestellt.

Wie sich herausstellt, ist die Cité Jeanne d'Arc, die Zufluchtsstätte armer Leute, in der die Polizei am 1. Mai eine Säuberungsaktion abhielt, schon einmal der Gegenstand einer Romanschilderung gewesen. Der Cité sind mehrere Kapitel des Romans „Le diamant perdu“ von Henry Debossay, erschienen 1930, gewidmet. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß die von vielen deutschen Flüchtlingen besuchte rue Mouffetard mit ihrem billigen Markt in dem modernen Pariser Angestellten-Roman von Georges Duhamel „Confession de minuit“ behandelt wird.

Artur Schnabel spielt Mozart, Beethoven und Schubert am Freitag in der salle Gaveau, Richard Tauber singt Tschai-kowsky, Grieg, Puccini und Lehar am Montag, 14. Mai, in der salle Pleyel.

Am 20. Mai beginnen die internationalen Tennis-Meisterschaften zu Paris, die bis zum 3. Juni dauern. Am 13. Mai ist das Derby d' Sudens zu Bordeaux.

Die Messe von Paris

Der Ausstellungspark an der Porte de Versailles birgt von Mittwoch an die neue Pariser Messe. Besonderer Zauber wird aus Belgien, England, Spanien, Italien, der Schweiz, Luxemburg und dem Saargebiet erwartet, sowie auch aus Deutschland. Es gibt mehr als 8000 Aussteller aus 33 Ländern. Als besonders reich besichtigt werden die Abteilungen Messerschmiede, Töpfereien, Handschuhe und Klaviere bezeichnet. Am Samstag findet auf der Ausstellung ein „Tag des Geschäftsreisenden“ statt, beginnend 13.30 Uhr vormittags, mit Besichtigung der Stände und nachfolgendem vormittags, mit Besichtigung der Stände und nachfolgendem

Die Messe dauert, wie bereits angekündigt, bis zum 24. Mai.

Herr von Papen auf den Boulevards

In einem Artikel, der sich gegen die Rede des Propagandaministers Dr. Göbbels in Zweibrücken wendet, tritt Gabriel Perreux in „Paris Soir“ unter der Überschrift „Herr von Papen auf den Boulevards“ der ungläublichen Tatsache entgegen, daß Herr von Papen von der Leinwand der Pariser Kinos herunter in einer Wochenschau Propaganda für die Verhinderung der Saar machen konnte. Man stelle sich vor, welchen Lärm es machen würde, wenn etwa in den Kinos am Berliner Zoo die umgekehrte Parole entfacht würde. Das wäre nicht auszudenken!

Gabriel Perreux schreibt: „Während die Saarländer tapfer gegen die Schädigung ihrer Zukunft kämpfen, selbst mit Lebensgefahr, während die Göbbels, die Göring und die Hitler mit beiden Beinen gegen unsere Grenze stampfen, um die Rückkehr der Saar zum Reich zu verlangen, können die Pariser in einigen Kinos bewundern . . . Was wohl? Ohne Zweifel einen unserer Politiker, der sieghaft auf die deutschen Forderungen antwortet? Ach nein . . . Herr von Papen in Person ist es, der bis auf die Boulevards vordringt, um zu verkünden, daß die Saar deutsch ist und deutsch bleiben muß. Was tut der Quai d'Orsay dagegen?“

Es ist im Uebrigen ja bekannt genug, daß eins der bekanntesten und zentral gelegenen Pariser Kinos sozusagen das „Göbbels-Kino“ auf den großen Boulevards ist, da es durch einen besonders ausgiebigen Vertrag mit der unter dem Einfluß des „dritten Reiches“ stehenden Ufa verbunden ist.

Das Stendal-Museum

In seiner Heimat, der pittoresken savoyischen Gebirgsstadt Grenoble, ist das mehrfach angekündigte Museum von Henri Beyle, genannt Stendhal, dem Dichter der Seelenempfindlichkeit, nunmehr eröffnet worden. Das Museum befindet sich in der früheren Ursulinerinnen-Kapelle. Im Hauptsaal hängt u. a. das Medaillon des Dichters aus der Hand des großen Malers David d'Angers und sein Porträt in der Uniform eines französischen Konsuls vom Prinzen Demidoff, das nacheinander dem Dichter Mérimée und der Kaiserin Eugénie gehörte. Eine Reihe „Stendhalisten“ aus Frankreich und dem Ausland, wie Simon aus Zürich und Burckhardt aus Genf nahmen an der Eröffnungsfeier teil.

Das Foyer der Quäker

In Pariser Emigrantenkreisen sind Gerüchte verbreitet, daß die Gesellschaft der Freunde (Quäker) das billigste Foyer in der rue Pierre LeVée, in der es eine Bibliothek, Essen und sonstige Einrichtungen sozialer Art gibt, auflösen wolle. Wie wir auf Erkundigung erfahren, sind diese Gerüchte unbegründet. Das Foyer bleibt erhalten.

Vom französischen Maturum

Das französische Absturentenexamen (baccalauréat) ist bekanntlich eine sehr schwierige Sache, die große Kenntnisse und viel Gedächtnisstoff voraussetzt. Man redet seit langem von Änderungen. Jetzt haben sich, wie man liest, die französischen Gymnasiallehrer geweigert, die Copien der Ab-

141 Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten, b) Chirurgie c) Orthopädie d) Geburtshilfliche Klinik e) Zahnärztliches Kabinett
Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

Steuerfragen Gesellschafts- gründungen

Wenden Sie sich an

F. BRIQUEU

LICENCIÉ EN DROIT

ehemaliger Kontrolleur der direkten Steuer-
behörden, um vom offiziellen Standpunkt
aus beraten zu werden.

25, Bd. Bonne-Nouvelle,
PARIS (2), Telefon Louvre 22.95

500 wenig getragene Modelle

(haute couture):
Tages-, Abend-, Sportkleider und Pelze werden
momentan verkauft bei:

Mary-Occasions

48, rue Desrenaudes (Ternes)
Tel.: Etolie 35-86, Ankauf, Tausch

INSERIEREN BRINGT GEWINN

Dr. Spécialiste

36, rue de Rivoli - Métro Châtelet
RADIKALE HEILUNG VON BLUT-,
HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN

Heilung von Krampfadern
und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden Elektri-
sität Impulsverfahren Trypaße viele
Einspritzungen

Blut- und Harn-Untersuchungen, Sper-
makultur, Salvarsan, Wundt usw.
Sprechstunden täglich von 10-12 und
von 4-8 Uhr, Sonntags von 9-12 Uhr
Konsultationen von 25 Fr. ab.
Man spricht deutsch

solventen jedes Jahr zu korrigieren. Wahrscheinlich wird ein Referendum durch den Verband der Professoren stattfinden. Falls die gänzliche Weigerung keine Mehrheit findet, so soll doch beschlossen werden, daß die Korrekturen erst ausgeführt werden, und dann soll die Korrigiererei nicht länger als einen gewöhnlichen Arbeitstag in Anspruch nehmen.

Eine kirchliche Trauung vor Gericht

In Nantes kommt am 15. Mai ein Priester unter ungewöhnlichen Umständen vor die Strafkammer.

Ein Mann namens Morel lebte mit einer Mademoiselle Sorin in wilder Ehe. Eines Tages wurde Morel schwer krank und ließ den Vikar Hervouet kommen, dem er sagte, er werde sterben und wolle vorher noch kirchlich getraut werden. Der Priester erwiderte aber, ihm sei die Einsegnung vor der zivilen Trauung verboten.

Nun machte die junge Frau alle möglichen Wege, um die staatliche Trauung zu erreichen, aber es dauerte zu lange, und das Paar hatte auch das Geld nicht, während der Zustand des Kranken immer schlimmer wurde. Darauf ließen sie abermals den Vikar kommen, und als dieser sah, wie die Sache stand, traute er sie. Das war Anfang April. Am 19. April starb Morel.

Jetzt wird sich der Abbé wegen Vergehens gegen den Artikel 199 des französischen Strafgesetzbuches zu verantworten haben. Im deutschen Strafrecht finden sich bekanntlich analoge Bestimmungen.

Die Wahl von St. Denis

Kommunistische Niederlage

Bei den kommunalen Nachwahlen in Saint Denis hat der Abgeordnete Doriot 11 944 von insgesamt abgegebenen 15 788 Stimmen erhalten. Drei seiner Anhänger erhielten je etwa 10 800 Stimmen.

Die Kommunalwahlen in Saint Denis, diesem roten Vorort von Paris, stellen ein politisches Ereignis dar, dessen Bedeutung weit über die örtlichen Grenzen hinausgeht. Seit Monaten dauerte der erbitterte Kampf zwischen dem Abgeordneten und Bürgermeister von Saint Denis, Doriot, und der offiziellen Leitung der kommunistischen Partei. Das war der Kampf um die ehrliche Einheitsfront der Arbeiterchaft. Doriot trat für die Einheitsfront und gegen die kommunistischen Einheitsfronten ein.

Die kommunistische Parteileitung wollte den Fall Doriot auf die erprobte Weise erledigen, indem sie den rebellierenden Abgeordneten aufgefordert hat, nach Moskau zu fahren. Dies hat Doriot abgelehnt und sich entschlossen, seine Wähler und

Schokoladenfabrik

Schweizer Firma spezialisiert in der
Branche, steht zur Verfügung von Fach-
männern oder Finanzkonzernen, zur
Projektilierung, Bau und Beratung moderner
Schokoladen-Werke in Europa
oder Übersee.

Betriebsleiter erste Kraft, Elitene Rezeptur
u. Arbeitsverfahren ab. Schweiz. Qualität

Zuschriften erbeten an die
„Deutsche Freiheit“ Saarbrücken unter Nr. 86

nicht die Gewaltigen in Moskau zu Richtern über seine Haltung zu machen. Er hat als Bürgermeister demissioniert und auf diese Weise die Nachwahlen herbeigeführt. Seinem Beispiel folgten drei seiner Parteianhänger, die Gemeinderäte waren.

Der Kampf wurde mit ganz außerordentlicher Intensität geführt. Die offizielle Partei hat nichts unterlassen, um Doriot zu diskreditieren. Doriot wurde von dem kommunistischen Zentralorgan „Humanité“ auf wüste Weise angegriffen. Die prominenten Führer, darunter Marcel Cachin, kamen nach Saint Denis, um den Kampf gegen Doriot zu führen.

Zum ersten Mal führte Doriot den Wahlkampf nicht nur ohne Unterstützung seiner Partei, sondern direkt gegen sie. Die Wähler standen vor der Wahl: Kommunistische Partei oder Doriot! Und das hieß in diesem Falle: Kommunistische Partei oder ehrliche Einheitsfront! Damit wuchs dieser Kampf über den engen Rahmen einer Parteianglegenheit hinaus und gewann grundsätzliche politische Bedeutung.

Der Sieg von Doriot ist überwältigend. Er erhielt sofort im ersten Wahlgang nicht bloß eine absolute, sondern eine Dreiviertelmehrheit! Wenn seine Anhänger nicht ganz so gut abgeschnitten haben, so erhielten auch sie trotzdem alle mehr als eine Zweidrittelmehrheit! Dieses Ergebnis zeigt, daß unter dem Eindruck der letzten Ereignisse in der französischen Arbeiterchaft, auch in ihrem kommunistischen Teil, der leidenschaftliche Wille zur Einheit der Arbeiterbewegung wach geworden ist.

Dollfuß wie Hitler

Barbaren gegen Geist

Unter den Unglücklichen, die die österreichische Regierung in das noch immer von einer Ruheepidemie heimgesuchte Konzentrationslager Wöllersdorf gesperrt, ist es besonders das Schicksal des Abgeordneten Karl Veitthner und des Gemeinderates Dr. Friedjung, das allgemeine Empörung wecken wird.

Karl Veitthner, einer der geistvollsten sozialistischen Schriftsteller, ist 66 Jahre alt. Der schwermütige Mann, der nach den Februarkämpfen ohne jeden Grund verhaftet und seither in Vollzucht gehalten wurde, leidet unter der Haft außerordentlich schwer. Veitthner, der seit der Gründung der „Arbeiter-Zeitung“ einer ihrer führenden Redakteure gewesen war, ist seit zwei Jahren in Pension, er kann also nicht einmal für die Haltung der „Arbeiter-Zeitung“ in der letzten Zeit verantwortlich gemacht werden. Trotzdem wird der leidende Mann in das Konzentrationslager gesperrt.

Der Gemeinderat Dr. Josef Karl Friedjung, der ebenfalls nach Wöllersdorf eingeliefert wurde, ist Privatdozent an der Wiener Universität und einer der bekanntesten Wiener Kinderärzte. Er ist auch in wissenschaftlichen Kreisen durch die Anwendung der psychoanalytischen Forschung Sigmund Freud's in der Kinderpsychologie bekannt geworden. Friedjung war im Wiener Gemeinderat neben Professor Landler einer der maßgebendsten Berater der Gemeinderatsverwaltung in sozialhygienischen Fragen, vor allem in Fragen der Kindersicherung. Auch dieser Mann, dessen ganzes Lebenswerk der Gesundheit der Wiener Proletarierkinder gewidmet war, wird nun von der kulturfeindlichen Reaktion in das Konzentrationslager gesperrt.

Das System persönlicher Rache an gegnerischen Politikern, das gegenwärtig in Oesterreich herrscht, wird durch die Ueberstellung des sozialdemokratischen Bundesrats, Dozrat Dr. Schärf nach Wöllersdorf gekennzeichnet. Dozrat Dr. Schärf war Sekretär des sozialdemokratischen Abgeordnetenverbandes und des sozialdemokratischen Nationalratspräsidenten. Er wurde im letzten Jahr in den Bundesrat entsendet, der bekanntlich nach Ausschaltung des Nationalrates die einzige parlamentarische Tribüne war. Dort hat Schärf in mehreren aufsehenerregenden Reden die juristischen und moralischen Grundlagen des autokratischen Systems gebändert. Nun nimmt Bundeskanzler Dollfuß an Schärf persönliche Rache.

Als offizieller Grund für die Ueberstellung der 81 Sozialdemokraten ins Konzentrationslager wird angeführt, daß die gerichtliche und politische Untersuchung keinen krasse Tatbestand ergeben hat, daß aber ihre Anhaltung im Konzentrationslager aus politischen Gründen notwendig sei. Die autokratische Diktatur gibt also offen zu, daß sie Menschen bloß ihrer Gesinnung wegen der Freiheit beraubt.

BRIEFKASTEN

Gauleiter Bärde. Der Pfennig- und Bettelsozialismus, durch den Sie Ignorant die soziale Frage lösen wollten, hat einen Vorteil gemacht. Sie machen bekannt, daß in der Pfalz keine Sammlungen mehr durchgeführt werden dürfen. Welche Sorte Spielbürger-Sozialismus werden Sie nun erfinden? — Heißt Ollix!

Note Erde. Ihrem Brief entnehmen wir: „Beim Abtransport „Freiwilliger Landheiler“ in Dortmund nach Döpreußen kam es zu Protestdemonstrationen. Verschiedene SA-Verte wurden verprügelt. Der Transport ging nicht ab. 25 Arbeiter wurden verhaftet. In Betrop kam es wegen einer überprozentigen Kürzung der Bezüge der Auftragsangehörigen zu Hungerdemonstrationen. Zur Befriedigung wurden Lebensmittelkarten ausgestellt.“ Die Stimmung im Industriegebiet scheint recht „relativ ruhig“ zu sein.

Merix, London. Obwohl Nationalsozialistin, lesen Sie unser Blatt mit Interesse. Als Antiparlamentarierin machen Sie uns auf folgende Notiz aufmerksam: „Der konservative Abgeordnete Abgeordneter Gordon Campbell wurde von einem Londoner Volksgericht wegen Trunkenheit, nächtlicher Aufbebung und Widerstand gegen die Polizei zu einer empfindlichen Geldstrafe verurteilt.“ Aber, verzeih mir, was hat der Gang zum Saal mit dem Parlamentarismus zu tun? Ihr Ven zum Beispiel hat im Reichstag und dranhin mit gleicher Luft gebläht.

S. R., Straßburg. Nach unüberprüften Zeitungsmeldungen sind in Frankreich etwa 900 000 ausländische Arbeiter beschäftigt. Davon sind 300 000 Italiener, 110 000 Polen, 80 000 Russen, 70 000 Tschechoslowaken, 80 000 Schweizer und 80 000 Deutsche. 80 000 ordentliche Ausländer erhalten Arbeitslosenunterstützung. Demnach scheint die deutsche Emigration Frankreich immer noch am wenigsten zu befehlen.

Geschichtsmachen . . . Deutsche Zeitungen bringen jetzt Bilder von Mahenhochzeiten. Arbeitskleider treten kompromittiert mit den Bräuten zur Trauung an. — Die in einigen Jahren künftigen Wahlen werden wohl nicht fotografiert werden.

Für den Gesamteinhalt verantwortlich: Johann Pflü in Dudweiler; für Inserate: Otto Rud in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 3, Schützenstraße 3, — Schließfach 776 Saarbrücken.